



Wochenschrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentlich einmal. Bezug: Durch die Post vierjährlich 150 Mk., Einzelnummer 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr.
Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der angepalteten Zeile 45 Pf.

Nr. 36.

Berlin, 7. September 1934.

15. Jahrg.

Inhalt: S. 421: Der Baltienpakt. — S. 422: Zur der Entscheidung über den Ostpakt. — S. 423: Der polnische Antrag zur „Wahrheitsfrage“. — S. 424: Wieß und Groganati. — Ostland-Debatte. — S. 426: Östert und Politt. — Verhandlungen der polnischen Delegation. — S. 427: Danzig im Kampf um Wahrung und Wirtschaft. — Der polnische „Eintritt“. — S. 428: Grenzstreit und seine Folgen. — Protest in Kattowitz. — S. 429: Danzburger antideutsche Streifen. — Ein Kapitel polnischer Sozialpolitik. — S. 430: „Waldenlager“ in Kattowitz. — Die polnischen Steuern. — S. 431: Die wertvolle Karriere einer oberösterreichischen Gattin. — Vom Waldland der Westpreußen. — S. 432: Rüdiger.

Der Baltienpakt.

Der Pakt, der von den Vertretern der drei baltischen Staaten am 29. August in Riga paraphiert worden ist und binnen kurzem den beteiligten Regierungen in Reval, Riga und Kaunas zur Ratifizierung vorgelegt werden soll, hat in allen der Ostpolitik interessierten Staaten die höchste Beachtung gefunden. Der Pakt, der als Einvernehmlich- und Zusammenarbeitsvertrag bezeichnet wird, sieht vor, daß die Außenminister der drei beteiligten Staaten sich in wiederkehrenden Konferenzen bemühen werden, eine Übereinstimmung in allen Fragen der Außenpolitik herbeizuführen, die eine gemeinsame Bedeutung für die Beteiligten haben. Dieser Standpunkt der Übereinstimmung soll sich jedoch nicht auf sogenannte spezifische Fragen beziehen, in denen ein Staat eine besondere Stellung einnehmen kann. Zu dem „spezifischen Fragen“, für deren Behandlung kein gemeinsames Vorgehen der drei beteiligten Staaten vorgezogen ist, gehört vor allem das „Winnproblem“. An dieser Frage waren die Vertreter, von einer außenpolitischen Zusammenarbeit Litauens mit den beiden anderen baltischen Ländern zu kommen, bisher regelmäßig gescheitert, da Lettland und Estland erklärlicherweise kein Verlangen danach hatten, sich durch eine klare Stellungnahme im litauisch-polnischen Konflikt zu belasten. Auch jetzt hat Kaunas seine Hoffnung, die beiden anderen baltischen Staaten für seinen Standpunkt in dieser Streitfrage zu interessieren, nicht verwirklichen können.

Man sollte meinen, daß auch der andere außenpolitische Konflikt Litauens, der Memelstreit, unter diese „spezifischen Fragen“ zu rechnen ist. An Kaunas aber scheint man darüber anderer Auffassung zu sein. Jedenfalls bemüht man sich, die Sache so hinzustellen, als ob jetzt in der Memelfrage eine volle Übereinstimmung mit Reval und Riga erzielt werden sei, d. h. also als ob sich Lettland und Estland in dieser Frage gegen Deutschland festgelegt und sich mit Litauen förmlich erklärt hätten. Das offiziöse Organ der litauischen Regierung, der „Litauos Aidai“, läßt sich hierzu folgendermaßen vernehmen: „Der neue Bund überträgt Litauens Anspruch auf das Memelgebiet. In den Vorforderungen in Riga haben sich die Staatsmänner der nennere Verbündeten drei Länder für eine nationale Politik in ihren Staaten erklärt. Es gibt in Zukunft keine Forderung fremder Sprachen, fremder Rechte und fremder Interessen mehr. Das kann man wörtlich auch auf das Memelland ausdehnen, das erst durch diesen Bund eine enge Vereinigung mit Litauen erreicht hat.“ Es muß erst abgemerkt werden, ob diese Auffassung Litauens auch von den beiden anderen Staaten geteilt wird. Sollte das der Fall sein, so würde das heißen, daß der Rigaer Pakt eine scharfe Spitze gegen Deutschland enthält und daß die drei partizipierenden Staaten übereingekommen sind, sich in ihrer gegen das baltische, bzw. das memelländische Deutschland gerichteten Unterdrückungs- und Ausrottungspolitik gegenseitig zu fördern und den Rücken zu decken. Nach dem Verhalten zu urteilen, das die Regierungen in Reval, Riga und Kaunas in letzter Zeit der deutschen Bevölkerung ihrer Hoheitsgebiete gegenüber an den Tag gelegt haben, scheint diese Übereinkunft, wie der „Litauos Aidai“ es andeutet, in Riga wirklich zustande gekommen zu sein. So läßt sich z. B. in den Maßnahmen, die die drei Regierungen zur Ausrottung der deutschen Sprache ergriffen haben, eine auffällige Übereinstimmung feststellen.

Was Polen betrifft, so hat auch dieses wohl wenig Grund, den Abschluß des Baltienpaktes mit Freude zu begrüßen zu nehmen. Der russisch-französische Einfluß scheint bei diesem Abschluß stärker als bisherige Warschauer gemessen zu sein. Zwar haben sich Lettland und Estland in der „Winnfrage“ nicht ausdrücklich gegen Polen entschieden. Daß sie sich aber, ohne eine Regelung dieser Frage abzumachen, Litauen beträchtlich genähert haben, liegt durchaus nicht im Sinne der polnischen Ostpolitik. Polens Absicht ist es gemessen, Litauen zu isolieren, um es auf diese Weise am so eher zum Nachgeben veranlassen zu können. Die Regierungen Litauens und Dänemarks haben diese Absicht, der auch die einseitige Durchführung des polnischen Außenministers gedenkt hatte, durchkreuzt. Litauen hat durch den Pakt den Abschluß Polens gegenüber auf diplomatisch etwas an Boden gewonnen und Rückendeckung an Lettland und Estland gefunden. Hinter diesen aber stehen als Gegenspieler der Warschauer Politik Frankreich und Rußland, wo der Baltienpakt beidermaßenweise mit mehr Freude als in Polen begrüßt wird. Man glaubt dort in ihm den ersten Schritt zur Verwirklichung des Barthou'schen Ostpaktes sehen zu dürfen. Der Rigaer Pakt enthält die Verpflichtung der Regierungen der drei baltischen Staaten, sich gegenseitig über die in Zukunft abzuschließenden internationalen Verträge zu unterrichten. Das heißt, daß diese drei Staaten auch in der Ostpaktfrage in Zukunft gemeinsam auftreten werden.

Sicherlich haben die am Baltienpakt beteiligten Regierungen die Absicht, eine spezifisch baltische Politik zu betreiben und sich nach allen Seiten eine möglichst weitgehende Freiheit der eigenen außenpolitischen Entschlüsse zu sichern. Sie hoffen, durch ihr gemeinsames Auftreten ihren Wünschen im Spiel der großen Mächte einen größeren Widerdruck verleihen zu können. In ihrer Presse wird herortrotzenden, daß ihnen die Kleine Entente beim Paktabschluss als Vorbild gedient hat. In diesem Sinne steht der Pakt neben den regelmäßig wiederkehrenden Konferenzen der Außenminister und der gegenseitigen Unterrichtung vor Abschluß internationaler Verträge auch eine Zusammenarbeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen vor; überdies wird durch die baltischen Wirtschaftskonferenzen auch eine handels- und wirtschaftspolitische Annäherung der drei Länder erstrebt. Aber in einigen wesentlichen Punkten ist das Vorbild der Kleinen Entente doch nicht erreicht. So enthält der Pakt keine Abmachungen militärischer Art; selbst im Falle eines Angriffs auf einen der vertragsschließenden Staaten, schreibt ein der Rigaer Regierung nachfolgendes Blatt, würde dieser von den anderen beteiligten Staaten auf Grund des Vertrages keine militärische, sondern nur politisch-diplomatische Unterstützung erhalten. Außerdem kommen für eine gemeinsame Behandlung — wie schon erwähnt — die „spezifischen Fragen“ nicht in Betracht. Diese Fragen aber sind es, die den einseitigen Erfolg des Paktes, der nach der Vorstellung der Beteiligten eine Vorstufe zum Baltischen Staatenbund sein soll, gefährden. Lettland und Estland werden, indem sie einen engeren Zusammenhalt nicht nur untereinander, sondern auch mit Litauen anstreben, trotz ihres Vorbehalts in die „Winnfrage“ verwickelt. Ihr Ziel ist nur über die Vereinigung dieser Frage erreichbar. Ohne eine Lösung der „Winnfrage“ wird es keinen Baltischen Staatenbund geben.

Vor der Entscheidung über den Ostpakt.

Polen wird verdrängt.

Am letzten Zeit ist bei der deutsch-französischen Presse des Auslandes wieder einmal Hochbetrieb in Gerüchten über die Ostpolitik. Zu den Opfern dieser Propaganda gehört diesmal auch Polen. Dieses steht in dem Verdacht, weitgehende geheime Abkommen mit Deutschland getroffen zu haben, was nach Meinung dieser Presse ja wohl die schwerste Sünde sein dürfte, deren sich ein europäischer Staat überhaupt schuldig zu machen vermag. Dem Reigen entzogene sind „Echo de Paris“. Es brachte einen Bericht seines „Berliner Korrespondenten“, der andeutet haben sollte, daß im Rahmen der in der letzten Zeit geführten deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen ein Abkommen zustande gekommen sein soll, demzufolge Polen sich bereit erklärt habe, seinem deutschen Nachbar als Rohstoffmittel- und Rohstoffbasis zu dienen, wogegen Deutschland sich verpflichtet habe, Polens Bedarf an Fertigerzeugnissen zu decken. Diese Konvention soll — und das war der Witz bei der Geschichte — auch eine Klausel für den Kriegsfall enthalten. Das Abkommen, fügte das „Echo de Paris“ dieser Meldung seines Korrespondenten hinzu, sei eine Verletzung des französisch-polnischen Bündnisvertrages und laufe aus den Verpflichtungen des Völkerbündnispaktes zunichte. Mit dieser Meldung war für die, allen außerdeutschen Ländern nicht ungenügend bekannte, ein neues Stichwort gegeben.

Der Rumor des „Echo de Paris“ ist ein sensationelles Geheimnis gelüftet zu haben, was die anderen Staaten nicht ruhen. Unverkümmert um das Wortlaut der Demantik begannen sie, ihrer ertagten Phantasie die Säge schieben zu lassen. Die „United Press“ sah sich schon nicht mehr mit einem deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommen inkl. Kriegsklausel zufrieden, sondern wußte bereits von einem deutsch-polnischen Militärvertrag, der demnach zustande kommen soll, zu erzählen. Aber die Pariser „Liberte“ wußte es besser; sie wartete gleich mit einigen Einzelheiten aus einem schon vor längerer Zeit abgeschlossenem deutsch-polnischen Geheimvertrag auf: Deutschland, so hieß es da, unterliege die polnischen Bemühungen um die Verwirklichung polnischer Pläne in die Korridorfrage auf freundschaftlichem Wege. Es verpflichte auf den Memeler Hafen ein polnisches Gußrohr und sei bereit, im Falle eines bewaffneten Konfliktes zwischen Litauen und Polen diesem letzteren seine Hilfe zu leisten. Dafür werde an dem Tage, an dem die polnisch-litauische Union Wirklichkeit werde, Polen auf den Korridor und auf Gdingen verzichten und sich nicht mehr der Rückkehr Danjags zum Deutschen Reich widersetzen. Aber die „Liberte“ hatte mit ihrer Meldung das „Ach, sich umgebend von „Empis“ eines Besseren belehren lassen zu müssen. Dieser hatte seine Informationen aus einer nicht minder „sicheren Quelle“ bezogen. Denn, erklärte er, habe niemals darauf verzichtet, „in einem Augenblicke“ die Korridorfrage zu lösen; denn es gebe in diesem Gebiet eine der wichtigsten Etappen seiner Expansion nach Nordosten.

Diese Feststellung des dem Vorjahr Außenminister nachstehenden Blattes konnte man freilich die „Liberte“ wozu, das offizielle Organ des Reiches, nicht daran hindern, das gerade Gegenteil zu behaupten, und „auf sichere Angaben deutend“, folgende Mitteilungen über den Inhalt des geheimnisvollen deutsch-polnischen Militärpaktes zu machen: Polen habe sich verpflichtet, der deutschen Expansion im Danabekken keine Schwierigkeiten zu machen. Dafür habe Deutschland verpflichtet, nicht mehr an die Korridorfrage zu rühren und „Polen freie Hand in den baltischen Staaten zu lassen“. Ferner seien die beiden „verbündeten“ Staaten übereingekommen, Litauen unter sich aufzuteilen und Letzland und Estland als Interessensphäre der polnischen Führung zu unterstellen. Und um ihre Politik gegen den russischen Einbruch zu sichern, hätten sie schließlich auch noch einen Geheimvertrag mit den Japanern geschlossen. Noch „besser“ als dieses Besuchs-Orgaan war „Der Werk“, ein englisches Wochenblatt, informiert, das sich gegen Beziehungen zur Londoner Society for Peace streifen soll und nun behauptet haben sollte, daß kein anderes Land als die Sowjetunion und die Türkei für das Hauptziel der deutsch-polnischen Versuchung zu werden. Die Generalfälle der beiden „Verbündeten“ hätten, so erzählt das Blatt, bereits eingehende Pläne fertiggestellt, wie der sog. Rosenberg-Plan, dieses Schreckgespenst aus dem Sowjetgebiet, demnach in die Cat ausgeführt werden soll. Japan werde Ruhland im Fernen Osten angreifen und schwächen, Polen nach Südbalten in die Ukraine und nach Osten gegen Moskau vordringen, und Deutschland werde bei Petersburg Truppen landen, um sie gleichfalls gegen Moskau marschieren zu lassen. Aus alledem mag der freundschafflich entsetzte, daß Deutschland und Polen den Frieden gefährden und daß das französische „Echo de Paris“ ein solches Publikum gut daran tut, auf der Suche nach einer sicheren Kapitalanlage den Aktien der Währungsanstalt des Vorgang zu geben.

Nach einem Grund für dieses ganze Geschrei braucht man nicht lange zu suchen: Man wollte der Welt klar machen, wie notwendig das russisch-französische Bündnis für die Erhaltung des Friedens ist. Man wollte Polen einschüchtern. Man wollte es zum Nachgeben in der Frage des Ostpaktes zwingen. Man wollte ihm klarmachen, daß es sich dem „Gott der öffentlichen Meinung“ der sog. „kultierten“ Länder widersetze, wenn es nicht endlich aufhört, eine Politik auf eigene Faust zu betreiben. übrigens gibt es Südbalten, das gleichfalls in dem „Verdacht“ deutschfreundlicher Einstellung steht, nicht anders als Polen.

Hier war es die Wiener Syntemepresse, die zuerst die Alarmtrommel rührte und zur Freude der Wiener und Londoner Pressejungen die italienische Seele in patriotische Wallung versetzte. Deutschland und Südbalten, wußte die Wiener „Reichspost“ zu melden, hätten ein geheimes Militärabkommen gegen Italien geschlossen und die nach dem letzten Aufstand nach Südbalten geschickten Rationalsozialisten würden dort ausgebildet und organisiert und eines Tages würden sie einen Marsch auf Rom unternehmen, — hauptsächlich um im Garten des Vatikans eine Wodanscheibe zu pflanzen.

Bündnis und Gleichberechtigung.

Von polnischer Seite liegt keinerlei Äußerung darüber vor, daß es die Absicht hätte, endgültig mit Frankreich zu brechen. Eine solche Äußerung ist auch nicht zu erwarten. Auch Frankreich geht nicht bis zum letzten. Es verlangt zwar seit Monaten von Polen mit wachsender Ungeduld, es solle sich nun endlich entscheiden. Aber es hütet sich, die alten Beziehungen von sich aus zu lösen. Es verliert im Gegenteil immer wieder, das Polen goldene Brücken zu bauen. Trotz aller Verärgerung, trotz aller Konflikte halten beide Staaten doch immer noch an der alten Vorstellung eines „naturgegebenen“ Bündnisses fest. Der Streit geht keineswegs darum, ob Freund oder Feind, sondern darum, ein neues Verhältnis zueinander zu finden, das der Entwicklung Polens vom Vollenstaat zur Großmacht entspricht. Die Meinungsverschiedenheiten, die in dieser Hinsicht bestehen, sind allerdings nicht gering. Sie schließt bei unserer Fortdauer die Möglichkeit ein, ein ernsthaftes Entzweiung und selbst einer grundsätzlichen Wandlung in der gegenseitigen Orientierung nicht aus. Interessant ist da eine Äußerung von Kallime Smogorzynski in der Zeitschrift „Esprit International“, wo das gegenwärtige polnisch-französische Verhältnis wie folgt charakterisiert wird: „Die geographischen, historischen und politischen Bedingungen, die zum Abschluß des polnisch-französischen Bündnisses geführt haben, bleiben in Kraft. Niemand in Polen denkt daran, die Bande zu lösen, die die beiden Länder vereinigen. Kein Volk legt Verletzungen für die kommende Entzweiung des polnisch-französischen Bündnisses und für die daraus resultierende Unannehmlichkeiten. Die gemeinsame Arbeit wird immer so sein, wie sie von Frankreich gewünscht wird.“

„Wahrheiten unter Verbündeten.“

Die Entscheidung über die Zukunft des polnisch-französischen Bündnisses liegt danach also bei Frankreich. Daß es so ist und daß es sich für Polen nicht um eine Lösung des Bündnisses mit Frankreich handelt, geht sehr deutlich aus einem Artikel der offiziellen „Gazeta Polska“ her, die unter der Überschrift „Wahrheiten unter Verbündeten“ u. a. folgendes schreibt:

„Die antipolnische Kampagne läßt sich auf drei Grundlagen auf die Unwahrheit, auf die Unkenntnis der Sache und auf die Mißverständnisse des Wesens der polnisch-französischen Beziehungen. Die Unwahrheit beruht sich auf die angeblichen deutsch-polnischen Geheimverträge und auf die „Verschwörung“, deren Ziel der Krieg, der überall aber die Eroberungsabsicht Polens sein sollen. Unwahr ist alles das, was man Polen mehr oder weniger unterschätzt unterteilt, daß es von irgendwelchen fremden Faktoren abhängt.

Nach häufiger teilt in der französischen Presse die Unkenntnis der Sache in sich ein. Was es denn eigentlich mit den Millionen — aber auch Milliardenbetriebe — heißt, die Polen eingekauft worden sollten, während es doch Tatsache ist, daß Frankreich seit 1930 wohl an Österreich, Ungarn, die Eltschlosovakien, Südbalten u. a. Staaten, aber nicht an Polen Kredite einräumte. Ist es denn nicht eine lächerliche Unkenntnis, wenn selbst der ernsthafte „Empis“ wiederholt, der polnisch-litauische Selbstangriffspakt sei unter französischer Aufsicht zustande gekommen, während doch das Gegenteil wahr ist. Und was ist es denn anderes als die Unkenntnis, wenn man den „Soll Zardard“ als den Kampf Polens gegen das ausländische oder gegen das französische Kapital versteht, während es sich doch in Wirklichkeit um den Kampf gegen Mißbräuche handelt.

„Polen und Frankreich verbindet das Bündnis, das nicht nur in den Sympathien, sondern vor allem in der tiefen Verbundenheit der Interessen beider Völker beruht. Neben anderen, wichtigeren Abmachungen schafft dieses Bündnis eine natürliche Grundlage für die Außenpolitik beider Staaten. Es ist die Basis für eine gemeinsame Politik, aber eine gemeinsame Politik bedeutet nicht die Politik eines einzigen Partners. Nach Auflassung der französischen Publizisten müßte sich Polen zu einer Politik verstehen, die alle Begriffe Frankreichs — von Völkern bis zum Viermächtepakt, von Briand bis Barthou, vom „konstruktiven“ Abkommen bis zu allen übrigen konstruktiven Plänen — aufhebt. Außerdem besteht das polnisch-französische Bündnis auf dem Grund der gegenseitigen Achtung, und eine auf dieses Bündnis gegütete Politik kann nur dann gut und fruchtbar sein, wenn sie auf dem gegenseitigen Verstehen basiert. Denn nichts Politisches und Dauerhaftes kann im Osten Europas ohne Polen zustande kommen. Das Bewußtsein dieser Wahrheiten darf man nicht nur dem Verbündeten, sondern auch den Realpolitikern und Logikern erwarten.“

Polen und Rußland.

Die Veröffentlichung des Ostpakttextes in der italienischen Presse hat gezeigt, daß der Pakt im Grunde genommen nur dazu dienen soll, das russisch-französische Bündnis im Rahmen des Völkerbundes möglich zu machen. Welches Interesse sollte Polen an einer vertraglichen Festlegung der französisch-russischen Annäherung haben? In jeder Beziehung müßte sich eine solche Entwicklung hindernd auf die polnische außenpolitische Bewegungsfreiheit auswirken. Schon die bloße Diskussion über den Ostpakt hat den litauischen Widerstand gegen die polnischen Behörden geweilt. Schon die beginnende Annäherung zwischen Paris und Moskau hat eine Aktivität der russischen Politik im Baltikum zu Folge gehabt, die den Polen bei der Verfolgung ihrer eigenen Pläne in jeder Beziehung hinderlich ist. Schon die bloße Ermägung der französischen Diplomatie, sich in Moskau einen neuen Stützpunkt ihrer Osteuropapolitik zu verschaffen, hat die Bedeutung Polens für Frankreich gemindert. Polen kann nichts daran liegen, Rußland in das Gebiet der europäischen Politik eingeschaltet zu sehen. Woraan es in bezug auf Rußland ein Interesse haben kann, das hat es mit dem Luftangriffspakt schon lange erreicht: Die deutsch-russische Zusammenarbeit, von der es sich seit Kappala bis zum letzten Jahre ständig bedroht sah, ist in die Hände gesungen. Eine russische gesteuerte Erneuerung dieses Zusammenstoßes Moskaus mit einer der möglichen Hauptkräfte aber ist durchaus nicht geeignet, das polnische Sicherheitsgefühl zu erhöhen.

Der polnische Antrag zur „Minderheitenfrage“.

Auf der Tagesordnung der am 10. September begonnenen Völkerbundstagung steht der von der polnischen Regierung eingebrachte Antrag auf Ausdehnung des „Minderheitenschlusses“ auf alle Staaten. Bis her dieser Antrag in Form eines alpinen, starken Verzichtsergebnisses gefunden. Sofern er von Paris ernst genommen ist, wird er auch in Genäve ernst genommen werden. Auch die drei westlichen Großmächte stoßen und wird er von diesen Staaten geradezu als eine unfreundliche Handlung von polnischer Seite aufgeföhrt werden. Frankreich wird sich nicht damit einverstanden erklären, daß sich seine zahlenmäßig recht starken fremden Volksgruppen als „nationale Minderheiten“ aufmachen, die Unterstützung anderer Mächte gegen die Assimilierungspolitik der Pariser Regierung anrufen und damit schließlich die Welt darauf aufmerksam machen, daß das „eine und unteilbare“ Frankreich auf dem Wege ist, ein „Polen-Italien“ zu werden. Auch die das Lebenstrief fremder Volkstümer verneinende Staatsidee des Faschismus lehnt grundsätzlich jede Anwendung „minderheitenrechtlicher“ Grundfälle und Methoden auf Italien ab. Auch bei Belgien, wo die mehr als die Hälfte des Staatsgebietes bestehende Flamen im Kampf um ihre Gleichberechtigung stehen, und vor allem bei Sowjetrußland, auf das im Falle seiner Aufnahme in den Völkerbund die geforderte Verallgemeinerung doch wohl auch ausgedehnt werden müßte, treten einer Verwirklichung des polnischen Antrages unüberwindliche Hindernisse entgegen. Deutschland gegen das polnische Votum, die ja schon seit Jahren besteht, wird sich in der Hauptsache gestützt vor, in an der Genfer Institution nicht mehr beteiligt. Überdies leben wohl auch die ernstzunehmenden Kreise in Polen selber heute keine Veranlassung mehr, zur Wahrung der Rechte der in Deutschland lebenden Polen den Beistand internationaler Instanzen in Anspruch zu nehmen. Und schließlich sieht es Polen heute wohl auch sehrmerlich noch als seine Aufgabe an, sich zum Schutze der paritätischen jüdischen Volksgruppen gegen die Vorherrschaft der ausgeplünderten Wirtsoölker zu machen — ein Gedanke, der besonders im vergangenen Jahre bei manchen nicht unmaßgeblichen Kreisen in Polen wohl eine gewisse Rolle gespielt hat.

Wenn Polen trotzdem auf einer Behandlung seines Antrages besteht, so hat das andere Gründe. Zunächst ist es für Warschau eine Prestigeangelegenheit, daß sich der Völkerbund mit dieser Frage beschäftigt. Die Linie der Völkerbundesrat im Mai d. J. in dieser Hinsicht bewies, hatte an der Weisheit erheblich verstimmt. Vor allem aber kommt es den Polen darauf an, endlich von der einseitigen Belastung durch den Minderheitenschutzvertrag von 1919 befreit und auch in bezug auf die fremden Volksgruppen seines Gebietes den großen Mächten völlig gleichgeordnet zu werden. Der „Kurier Polski“ gibt die Auffassung der polnischen Regierung und die Einstellung der öffentlichen Meinung Polens wieder, wenn er u. a. schreibt: „Es ist wirklich nicht zu verstehen, daß sich die Minderheiten in Polen mit jeder Kleinigkeit noch den Minderheiten können, während die in Frankreich und Italien lebenden Minderheiten rechtlos sein. Auch bei der Gedanke unerträglich, daß die Sowjetunion in den Völkerbund eintreten könnte, ohne Minderheitenverpflichtungen zu übernehmen.“

Angehends der Tatsache, daß wenig Aussicht auf eine (bestenfalls nur theoretische) Verallgemeinerung des „Minderheitenschlusses“ besteht, läuft der polnische Antrag praktisch wohl auf die Forderung Polens, den Vertrag von 1919 gänzlich aufzuheben, hinaus. Die einzigen, die ein lebhaftes Interesse an einem Erfolg des polnischen

Am Gegenteil. Was Polen sich wünscht, das ist eine möglichst starke Annäherung zwischen Paris und Moskau. Und das ist nicht ohne weiteres eine „allseitige“ Dinge, eine möglichst völlige Abkehr der Moskauer Machthaber von den Fragen der europäischen Politik, insbesondere von den Problemen des baltischen Raumes. Das war der Sinn des polnischen Nichtangriffspaktes mit Rußland. Wenn dieses Ziel nicht erreicht worden ist, wenn Rußland trotz der drohenden Kriegslage am Amur und an der chinesischen Ostbahn heute aktiver als jemals seit dem Rigauer Friedensschluß in die Ereignisse jenseits seiner Westgrenzen eingreift, so geht das auf zwei Gründe zurück: Vor allem ist es Frankreich, das Rußland aus seiner asiatischen Orientierung heraus zu jenen halbtrotz ist, um es um so besser gegen das rebellische „Polen als Druckmittel und Quertreiber ansetzen zu können. Dilemme französischer Bemühen kommt die Furcht der Sowjets vor einer bewaffneten Intervention, die seit der Machtergreifung des Nationalsozialismus in zunehmendem Maße der russischen Außenpolitik liegt. Frankreich meint — und zwar mit Recht — dem selbständigen Auftreten Polens am nördlichen mit Hilfe Rußlands entgegenzutreten zu können und dieses selbst hofft, sich durch eine möglichst weitgehende Einbeziehung in die europäische Politik vor der vermeintlichen Gefahr einer Intervention retten zu können. Vorher das von Frankreich unterhaltene Verbot der Sowjets, in Rußland eine feste Position zu erringen. Und daher auf der anderen Seite die polnischen Bedenken gegen eine Aufnahme der Sowjetunion in die Genfer Institution.

Antrages haben, sind wohl die Juden. Sie hoffen, sich auf diese Weise ein Hilfsmittel gegen den sich allenthalten verhöfrenden Antisemitismus schaffen zu können. Interessant ist übrigens, was der „Sajnt“, ein jüdisches Warschauer Organblatt, zu dem Antrag bemerkt. Die Juden, so sagt er, müßten darauf bestreben, daß die Polen nach wie vor durch den „ihm von der Judenheit aufgegebenen Minderheitenvertrag“ gebunden bleibe, wenn die an diesen Vertrag geknüpften Erwartungen der Juden auch erfüllt worden seien. Wenn, so schreibt der „Sajnt“ weiter, die Minderheitenverpflichtungen seien eine historische Errungenschaft und die Juden dürften nicht so leicht auf sie verzichten. Sie müßten sich mit allen Kräften allen Versuchen entgegenstellen, den rechtlich gesicherten „Minderheitenschutz“ zu beseitigen, selbst wenn diese Versuche unter der Maske der „Verbretzung“ und „Bevölkerungserneuerung“ zu erfolgen. Polen wird nicht durch diese jüdische Gegenpolitik nicht von seiner Einstellung abbringen lassen, daß der Minderheitenschutzvertrag entweder alle zu verpflichten habe oder keine.

Im folgenden sei der Wortlaut des polnischen Antrages wiedergegeben:

„Von der Voraussetzung ausgehend, daß die gegenwärtig verpflichtenden Abmachungen und Erklärungen einiger Staaten vor ihrer Einreise in den Völkerbund des Völkerbundes die Verpflichtung auf Schutz der Minderheitenrechte enthalten, während andere Mitglieder des Völkerbundes diesen Verpflichtungen immer noch nicht unterliegen,

daß dieser Zustand die internationale Garantie nur gewissensnationalen Minderheiten genährt, andere dagegen ohne internationalen Schutz läßt und diese sich keinesfalls mit der Bitte um Schutz an den Völkerbund wenden können,

daß eine derartige Unterscheidung zwischen geschützten und nicht geschützten Minderheiten im Widerspruch zu den Grundfögen der Gerechtigkeit ist,

daß die Rassen-, Sprachen- und konfessionellen Minderheiten die von dem bestehenden internationalen Schutz nicht erfasst sind und die daselbe moralische Recht auf Ausweitung des Schutzes des Völkerbundes besitzen, fast alle europäischen und außereuropäischen Staaten benennen,

stellt die Völkerbundesversammlung fest, daß die gegenwärtig bestehenden Bestimmungen auf dem Gebiet des internationalen Minderheitenschutzes nicht den Grundfögen der internationalen Moral entsprechen, und ist deshalb der Ansicht, daß zwecks Besserung dieses Zustandes ein allgemeines Abkommen über den Minderheitenschutz abgeschlossen werden muß. Dieses Abkommen muß für alle Mitglieder des Völkerbundes einheitliche Verpflichtungen enthalten, die allen nach Rasse, Sprache und Konfession bestimmten Minderheiten den internationalen Schutz zuföhren.

Der Völkerbund beschließt, zu diesem Zweck eine internationale Konferenz einzuberufen, die sich aus allen Mitgliedern des Völkerbundes zusammensetzt. Die Aufgabe dieser Konferenz wird es sein, ein Abkommen über den Minderheitenschutz auszuarbeiten.

Der Völkerbund bittet den Völkerbundesrat, entsprechende Maßnahmen zu treffen, die die Einberufung der erwähnten internationalen Konferenz in möglichst kurzer Zeit, jedenfalls aber im Laufe von sechs Monaten nach Schluß der gegenwärtigen Völkerbundstagung, zu ermöglichen.“

Pflez und Grazynski.

Daselbe Schicksal, das sie den anderen großen deutschen Unternehmen schon früher bereitet haben, wollen die Polen nun auch bei einem Staatsschwarzmarkt Pleß betreiben. Die Deutschen Unternehmen sind von der ganzen, ehemals blühenden Industrie diejenigen, die sich am längsten zu behaupten vermochten. Die Aktiengesellschaft Giesche, Bismarckhütte, Vereinigte Königswaldbau- und Parahütte, Rattowitzer Bergbau usw. gingen unter zum Teil riesigen Kapitalverlusten den deutschen Besitzern verloren. Das Vermögen des Grafen Henckell von Donnerstern, das beim Übergang Ostoberschlesiens an Polen mit 150 Millionen Goldmark bewertet wurde, war schon nach wenigen Jahren infolge der gemäßigten politischen Eingriffe zugrunde gerichtet. Daselbe war beim industriellen Besitztum des Grafen Zietzler der Fall. Überall gelangten die Polen zu dem ersten Ziel, die Industrieunternehmen den deutschen Besitzern zu entziehen, dadurch, daß sie den Unternehmern unerhörte Steuererhöhungen aufbürdeten.

Auf dieselbe Weise verfahren sie jetzt das Pleßsche Vermögen in ihre Hände zu bekommen. Das Vermögen des Fürsten Pleß, das von dessen ältesten Sohn, dem Prinzen von Pleß, vererbt wird, wird auf rund 1 Milliarde Zloty geschätzt. An sich scheint also die Millionensumme, die dem Vermögen jetzt an „rückständigen“ Steuern auferlegt werden soll, nicht allzu beträchtlich zu sein. Aber man erkennt sofort, daß diese Summe unmöglich in kurzer Zeit aufgebracht werden kann, wenn man bedenkt, daß der Besitz des Fürsten von Pleß großenteils in Eisenfabriken besteht, die keine Rente abwerfen, sondern laufende hohe Zuschüsse verlangen, daß zu dem Besitz etwa 40 000 Hektar Wald- und Ackerland gehören, dessen Erträge bei der heutigen Wirtschaftslage minimal seien, sofern es überhaupt noch Erträge abwirft, und daß sich auch die industriellen Unternehmen bei dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang nicht mehr so hoch wie früher rentieren.

Mitte 1930 begann der Aufstandsoberhaupt Grażynski seinen Vermittlungskampf gegen Pleß. Mit 25 Millionen Zloty Steuern wurde Pleß für die Jahre 1925 bis 1930 belegt. Pleß ging nach Genf; Deutschland vertrat die Klage des Prinzen im Saal. Aber Genf verlagte — wie immer, und Deutschland zog, nachdem es auf eine weitere Mitgliedschaft im Völkerbund verzichtet hatte, auch die Klage vor dem Internationalen Gerichtshof zurück. Im Mai d. J. lief das Moratorium, das Pleß nach großen Opfern und langen Verhandlungen von den Polen erreicht hatte, ab. Es begannen die Pfändungen und Versteigerungen, die zwar im ganzen nur etwa eine Viertel-Million Zloty einbrachten, dafür aber zu dem von den Polen gewünschten Ziele führten: Die Fortführung der Pleßschen Unternehmen wurde, da keine schlüssigen Verhandlungsmittel da waren, aufgegeben. Die Maschinen, die Gebäude und Gehälter konnten nicht mehr abbezahlt werden, noch teilweise ausbezahlt werden. Alle Vergleichsangebote des Prinzen und alle Verträge, die Behörden zu einer Auflösung auf diese Vorschläge zu erteilen, blieben ohne Ergebnis. Die Feste der polnischen Presse gegen den Prinzen und seinen Vater verstärkte sich. Auch die maßgebenden polnischen Reizernorgane ließen es sich nicht nehmen, die Verdächtigungen und Entstellungen, mit denen das Ansehen der Pleßschen Verwaltung bei der unruhig werdenden Arbeiterschaft herabgesetzt werden sollte, zu unterstützen. Dem Prinzen wurde keine Gelegenheit gegeben, von unparteiischer Seite die Wahrheit seiner

Darstellung der Dinge nachprüfen zu lassen. Ehe noch das Gutachten der mit der Nachprüfung beauftragten Revisions- und Treuhänder H. G. fertig gestellt ist und noch die Pleßsche Rundschau mit dem Pleßschen Vorkämpfer, der Pleßer Zeitung, wurde über das gesamte Vermögen des Fürsten die Zwangsverwertung verhängt. Damit ist die freie Standesherbschaft Pleß in einen neuen und vielleicht den letzten Abschnitt ihrer mehr als 450 jährigen Geschichte eingetreten. Das Fürstentum Pleß wurde im Jahre 1458 durch Wladislaus II., König von Böhmen und Ungarn und Herzog von Schlesien, errichtet. Der Aufstandsoberhaupt Grażynski kann den zweifelhaften Ruhm für sich in Anspruch nehmen, die älteste Standesherbschaft Obereschlesiens ruiniert, damit aber auch eine der stärksten Stützen der obereschlesischen Wirtschaft an der Hand des Herzogs gegründet zu haben. Seit an demselben Tage, an dem Michael Grażynski auf eine achtjährige Tätigkeit als Wojewode in Katowitz zurückberufen konnte, wurde durch die Verhängung der Gerichtsauflösung der entscheidende Schritt zur Enteignung der Pleßschen Besitztümer unternommen. Aber der Name Pleß wird in der Geschichte des obereschlesischen Landes noch seine glanzvolle Bedeutung besitzen, wenn von einem Grażynski, dem kleinen Omitator der größeren Streitschlichter vergangener Zeiten, keine Spur mehr vorhanden sein wird.

Die polnische Regierung hat am 4. September ihre Stellungnahme zu dem beim Völkerbund eingereichten Antrag des Prinzen Pleß veröffentlicht. Die polnische Antwort enthält in ihren Formulierungen die gegen Pleß erhobene werden, kein Moment, das in letzter Zeit nicht schon von der polnischen Presse vorgebracht und von deutscher Seite widerlegt worden wäre. Originell ist lediglich die Behauptung der Warschauer Regierung, daß es sich hier um eine reine Steuerangelegenheit handle, die nicht in das Gebiet des „Minderheitsrechtes“ gehöre. Mit dieser Behauptung stellt sich die Regierung in offenen Widerspruch zu ihrer eigenen Presse, die immer wieder betont hat, daß die Steuermaßnahmen notwendig seien, weil der Prinzip von Pleß kein loyales Staatsbürger sei. Und man will die Presse den Beweis für die Loyalität des Prinzen, vor allem in der Katastrophe erleben, daß dieser als Präsident des Deutschen Volksbundes eine heroisierende Stellung innerhalb der deutschen Volksgruppe Ostoberschlesiens einnehme. Maßgebende polnische Behördenstellen haben wiederholt zu erkennen gegeben, daß die Steuermaßnahmen gegen den Prinzen rückgängig gemacht werden würde, wenn dieser sich den Wünschen des Wojewoden zugänglich erweise. Diese Wünsche richten sich aber insbesondere auf die Polonisation unter der Pleßschen Verwaltung. Die Pleßer Regierung ist demzufolge „unloyal“ Polen und die „Säuberung“ der Angestellten und Arbeiterchaft von deutschen und deutschgefärbten Elementen. Grażynski selbst hat, zwar wohl nicht in der Öffentlichkeit, aber den Bevollmächtigten des Prinzen von Pleß gegenüber bestimmte Bedingungen genannt, unter denen er sich zum Rückgehen bereit finden würde. Diese Bedingungen tragen gleichfalls eindeutig politischen Charakter und lassen keinen Zweifel daran, daß es sich bei dem Steuerkampf gegen Pleß um eine „minoritätspolitische“ Maßnahme handelt.

Ostland-Woche.

Innerpolitische Wandlungen in Polen.

Seit einiger Zeit ist — namentlich in der Oppositionspresse — von bevorstehenden innerpolitischen Änderungen in Polen die Rede. So spricht man u. a. davon, daß der Ministerpräsident Rojowski bald zurücktreten werde. Es gehen Gerüchte um, daß die Spannungen, die in neuerlich die Regierungsgeschäfte beherrschen, schon im „nächsten“, d. h. „verstecktesten“, Umwälzungen hervorrufen werden. „Nur den Rojowski und Prof. Bartel besonders bevorzugen sollen. Es sei, so heißt es, durchaus nicht ausgeschlossen, daß der Sejm bald aufgelöst werde. Zweifelslos ist das innerpolitische Leben Polens seit der letzten Regierungsbildung in starke Bewegung geraten; schon die Regierungsbildung selbst war der Ausdruck einer starken inneren Gärung. Viele ist sowohl im Regierungslager wie in den Lagern der verschiedenen Oppositionsgruppen vorhanden. Die Spannungen in der Seneca werden durch den Gegensatz zwischen der Konstitution von 1921 und dem Bauern- und Arbeiterfreunde, jetzt am Reichsbesitzern Reichlein sowie durch den Gegensatz der Jungen gegen die Alten und weitgehende Meinungsverschiedenheiten in der Judenfrage charakterisiert. Die Spannung zwischen den Generationen macht sich auch im nationaldemokratischen Lager bemerkbar. Sie hatte dort schon vor einigen Monaten zur Auflösung der nationalradikalen Gruppen geführt, deren Tätigkeit jedoch nach der Ermordung des Innenministers Pietrski von der Regierung nahezu vollständig lahmgelegt wurde. Damit ist die Opposition der radikalen Jungen gegen die einbezüglichen Autoritäten aber noch nicht erledigt. Die Auseinandersetzungen in den Gruppen und Parteien, sowie in der Presse dauern noch an und werden u. U. auch zu

neuen Umwälzungen führen. Der antiparlamentarische, bauern- und arbeiterfreundliche Kurs der Regierung findet in der Jugend fast aller Parteien Zustimmung und Erfolgshaft. An zweiten Kreilen der Bauernpartei, deren Führer, der ehemalige Ministerpräsident Witos, im Auslande lebt, wächst die Bereitschaft, die Oppositionsstellung zum herrschenden Regime zu verlassen. Eine Gruppe von 14 Abgeordneten und Senatoren, sowie eine größere Anzahl von „Quintilianern“ der Partei hat kürzlich gegen den Willen des Hauptkomitees der Partei mit der Herausgabe eines neuen Blattes, der „Dziśka Lubowa“, begonnen. Auch auf die anderen linksparlamentarischen Parteien über der Regierungskurs eine machende Anziehungskraft aus. Die alten Parteien als solche verharren zwar in ihrer Opposition zur Regierung. Aber die alten Führer können immer weniger verhindern, daß sie die Herrschaft über ihre Anhänger verlieren. Die Ideen, von denen sie sich leiten lassen, werden von der Masse und namentlich von der Jugend immer weniger als zeitgemäß und nützlich anerkannt.

„Mit Hitler in die Macht“ in Polen verboten.

Das Thornor Bürgergericht hat mit einem Urteil vom 24. August auf Grund des Artikels 170 des Strafgesetzbuchs („öffentliche Verbreitung falscher Nachrichten, die öffentliche Verantwortung betreffen können“) eine Reihe von deutschen Büchern beschlagnahmt und verboten lassen. An der Spitze dieser Liste steht das Buch über den Führer „Mit Hitler in die Macht“ von Dr. Otto Dietrich, dem Reichspräsidenten des Reichs. Das Buch haben schon seit einiger Zeit „Führer Meinungsamt“ und „Der Kampf“ verboten. 200 Exemplare hundert“ von Alfred Rosenbergs auf der Verbotliste. Das Urteil

des Ehrener Burggerichts nach im Zeichen der deutsch-polnischen Verständigung in Deutschland völlig unerkennbar erscheinen. Es kann jedenfalls festgestellt werden, daß in Deutschland keine Bücher über Marshall Piłsudski verboten sind.

Ein jüdischer Boykottaufruf.

Das Jüdische Zentralkomitee zum Boykott Deutschlands, das in Polen seit anderthalb Jahren besteht, hat endlich einmal eine vernünftige Maßnahme getroffen. Es hat nämlich einen Aufruf erlassen, in dem die polnischen Juden aufgefordert werden, sich nicht an Reisen nach Deutschland zu beteiligen, wie sie seit dem Beginn der Verbandsaktionsaktion zwischen Deutschland und Polen schon verschiedentlich unter harker Beteiligung veranstaltet wurden. Das Zentralkomitee droht den Einwohnern an solchen Reisen mit der Absicht, sich an ihnen zu beteiligen. In Deutschland kann man einen solchen Aufruf, der dazu beiträgt, die Juden dem deutschen Boden fernzuhalten, mit einiger Skeptizität zur Kenntnis nehmen. Die Polen, die Deutschland besuchen, können eines freundlichen Empfanges nur so sicher sein. Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ meint allerdings, daß der Aufruf wohl keinen großen Erfolg haben werde. Er werde ebenso mit einer Kompromittierung des Judentums enden wie die bisherigen Boykottanordnungen, die nur bewiesen hätten, daß den Juden das Geschäft und der Profit wichtiger sind als Jeeen.

Die Schulnot der Deutschen in Polen.

Am 26. August erhielt der deutsche Lehrer Abel von der tschechischen evangelischen Schule in Jihlava (50 Kilometer südlich von Prag) die Mitteilung, daß er an die polnisch-katholische Volksschule in Jolkowka, einem Dorf in der Woiwodschaft Lublin, versetzt worden ist. Die Gemeinde Wiskin-Houlant ist fast rein deutsch und evangelisch. Die Schule, die namentlich ihres deutsch-evangelischen Lehrers beraubt worden ist, wird von 30 Kindern besucht. Vorerst sind die Kinder ohne Unterricht, da ein Nachfolger für Abel noch nicht eingetroffen ist. Abel ist in eine von Polen, Ukrainern und Juden bewohnte Gegend versetzt worden. Die nächsten deutschen Kolonien sind von seinem neuen Dienstort über 20 Kilometer entfernt. Für Abel ist die Überführung in die fremde Umgebung besonders schmerzhaft, da seine Frau seit einiger Zeit, nach der Geburt des dritten Kindes, erkrankt ist.

Am 21. August kamen die polnisch-katholischen Kinder aus Kuchlin und Tomaszewo (Kreis Reutemsfeld), die bis dahin ordnungsgemäß die polnisch-katholische Schule in Słupoc besucht hatten, in die dortige deutsch-evangelische Schule. Ichten sich in den Bänken fest und ließen sich nicht bewegen, ihre Plätze wieder zu räumen. Die polnisch-katholische Lehrerin, die an der deutsch-protestantischen Schule in deutscher Sprache unterrichtet, und der Kreisinspektor taten erstau und ließen die Kinder gewähren. Die Sache hat also wohl einen Faken. Durch die Überführung von 23 polnischen Kindern in der evangelischen Schule werden die Schülerzahl erhöht, denn bald wird man herausfinden haben, daß man polnischen Kindern nicht zumuten kann, einem Unterricht in deutscher Sprache beizuhören, daß also entsprechende Veränderungen im Schulbetrieb vorgenommen werden müssen.

Mit der Begründung, daß infolge des Rückganges der Schülerzahl eine Fortführung des 4. deutschsprachigen Jahrganges nicht möglich ist, wurde zu Beginn dieses Schuljahres dieser Jahrgang an der vierklassigen Volksschule aufgelöst. Man bleibt nur noch der 5. Jahrgang übrig, nach dessen Ablauf das Lehrerseminar namentlich aufgelassen wird. Ein Teil der Seminarhilfen ließ sich in das evangelische Seminar einbringen. Das Seminar, dessen Abkolnis dem Lehrerseminar in Zukunft vorausgehen soll, wird bereits mit polnischer Unterrichtsprache eröffnet werden. Auch das Fortbildungseminar wird polnische Unterrichtsprache haben.

Erbum eines Polenerr Deutschen.

Die Grabstätte eines vor vielen Jahrzehnten verstorbenen Posenerr Mitbürger, des bekannten Stadtrates Gotthilf Berger, dessen Namen die tschechische Volksschule heute noch trägt, ist vom Posener Magistrat in Pflege genommen worden. Die eiserne Umwehrung hat einen neuen Auftrieb mit verdorrten Spänen erhalten und die Namen sind wieder lesbar. Gotthilf Berger, ein Vorkämpfer des evangelischen Volkspräsidenten von Słupoc, hat ein Grabmal bei dem Tode vor etwa 70 Jahren so errichtet und ein Grundstück zur Errichtung der Volksschule geschenkt. Nach seinem Tode bekam die Stadt die Mittel zur Errichtung der Bergerschen Altersversorgungskasse und nach dem Tode der Witwe die Mittel für die Frauenabteilung des Berger Stiftes.

Ein Senator stolpert über Zurawow.

Zurawow hat wieder ein neues Opfer erfordern. Nach Dobniski, der Selbstmord verübte, und Matusewki, der im Duell schwer verletzt wurde, ist namentlich ein dritter polnischer Politiker über seine Verbindung mit dem Zurawow Affäre geklärt. Der Senator des Regierungsblokts Dobiecki war als Mitglied des Aufsichtsrates der Gazeta an dem Einkommen des „Paradijs“ unter der tschechischen Aktionsgruppe mit dem französischen Hauptaktionär Duffart beteiligt. Er wurde deshalb in

der Presse scharf angegriffen und schließlich vor ein Ehrengericht des Regierungsblokts zitiert. Dieses fällt unter dem Vorbehalt des früheren Wahlrechtsminister Janta - Politynski über Dobieckis Verhalten ein vernichtendes Urteil: Dobiecki habe seine Pflichten als Senator und Staatsbürger gründlich verletzt; seine Tätigkeit sei mit der Eigenschaft eines Senators der polnischen Republik und eines Mitgliedes des Regierungsblokts „höchstgradig unehrenhaft“. Dobiecki sah sich auf Grund dieses Urteils gezwungen, sein Mandat niederzulegen und um seine Streichung aus der Mitgliederliste des Regierungsblokts zu bitten.

Die Wenceslaugrube.

Die Wenceslaugrube bei Zaurode war letztendlich von der Roemerbetterung trotz des heftigen Widerstandes der Arbeiterschaft und trotz deren Bereitschaft, schwere Opfer für die Weiterführung der Grube auf sich nehmen, stillgelegt worden. Die nationalsozialistische Regierung brachte den Vorkern des Kreises Zaurode, deren Leben aus engle mit dem Schickal der Wenceslaugrube verbunden ist, ein größeres Verhältniß entgegen. Das Verprechen, die Grube wieder in Betrieb zu nehmen, wurde gehalten. Seit der Wiederinbetriebnahme ist namentlich ein reichliches Jahr verflossen. Die Höhe des neuen Staates und der tschechischen kamoderischste Grube der Wenceslaugrube haben in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit rechtlich gelehrt. Mitte Juli 1933 traten 39 Bergleute wieder zur ersten Schicht an. Die Arbeiter mußten sich zunächst darauf refreken, die Gefahr des Erlausens von der Grube abzuwenden. Die Anräumungsarbeiten boten mannigfache Schwierigkeiten, war doch während der Stillungsperiode das Wasser in den Untertageanlagen schon so hoch gestiegen, daß es nur noch kurzer Zeit bedurfte hätte, um eine Wiederinbetriebnahme der Grube völlig unmöglich zu machen. Von Sachverfändigen werden die in die Grube eingedrungenen Wassermengen auf fast 3 Millionen Kubikmeter geschätzt. Schon nach wenigen Wochen wurde die Bergschicht auf 89 Mann erhöht, und nun letzte die erste Fördererin ein, die am 1. September 1933 mit 1621 Tonnen ausgemessen wurde. Seitdem wuchs die Förderung und die Bergschicht sprunghaft, und am Jahresfluß 1933 waren schon 480 Bergleute tätig, die eine monatliche Förderung von fast 9000 Tonnen vollbrachten. Der Abbau wird nur in einem Teil der Grube, im Westfeld, betrieben; das stark kohlenführige Ostfeld, in dem im Jahre 1930 151 Bergleute den Tod fanden, wurde von der Bergbehörde auch für den künftigen Abbau gesperrt. Trotz aller Schwierigkeiten technischer Art, die der Abbau im Westfeld mit sich bringt, wird die Förderung in dieser letzten 10 Monaten sehr gut vor sich gehen. Die monatliche Förderinifferenz von rund 12 000 Tonnen erreicht werden konnte. Ingesamt beläuft sich die Förderung an erwerbbaren Kohle seit der Wiederinbetriebnahme auf etwa 100 000 Tonnen. Der Absatz ist durch langfristige Lieferungsverträge bis zum Jahre 1940 gesichert. Mit der Wiederinbetriebnahme der Grube ist in Hausdorf, Ludwigsdorf, Mülke, Schließfeld, Zalkenberg und den anderen Nachbarorten neues Leben eingekehrt. Zwar ist die Rentabilität des Werkes noch nicht so, daß der volle tarifmäßige Lohn gezahlt werden kann. Doch besteht die Hoffnung auf bessere Zeiten für die Grube.

Ein Exportsilm über das Auslandsdeutschtum.

Zur Zeit wird ein Film über das Sportwesen der Deutschen in Estland gedreht, der ein außerordentlich interessantes und seltsames Bild der sportlichen Jugendarbeit der Estland-Deutschen auf die Leinwand bannt. Dieser Film verströmt um so wirkungsvoller zu sein, da familiäre Sportarten (u. a. Wasserpolo, Fechttaucht, Kuren, Schneeschuhlauf usw.) sowie auch Bilder aus dem Pfadfindertum und der Jugendarbeit dieser auslandsdeutschen Gruppe gezeichnet werden. Wundervolle Aufnahmen (Hilfskräfte, Städte und Landschaften) machen die heimliche Heimat der Deutschbrennen in diese ballistischen Lande, in welchem heute noch 25 000 Deutsche wohnen. Der Film soll im Winter nach Eintritt der Schneefälle fertiggestellt werden, damit der Schneeschuhlauf und insbesondere der Eislaufsport noch gefilmt werden können.

Geopolitisches Schulungslager in Weise (Ober Schlesien).

Nachdem in den Osterferien ein geopolitisches Schulungslager in Schömburg, Kreis Osnabrug, mit großer Beteiligung durchgeführt worden ist, veranstaltet das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht zusammen mit dem R.S.-Verband und, Gau Schlesien, in den Herbstferien 1934 ein solches Lager in Oberschlesien. Es findet am 28. September bis 3. Oktober in Weise (15 km östlich von Osnabrug) statt. Die Leitung hat wieder der Gauaufseher für Geopolitik und Erbkunde, Dr. Jankow, Breslau, übernommen. Die Woche wird als Gemeindefestlager durchgeführt. Vorträge, Übungen und Wanderungen sollen eine Einführung in die Geopolitik geben. Die Betrachtung der Raumfragen Mittel- und Osteuropas steht im Vordergrund. Die Unkosten für Verpflegung, Unterkunft und Reisebeitrag werden voraussichtlich 17 RM. nicht übersteigen. Die Teilnahmegebühr ist beschränkt, Anträgen und Anmeldungen sind unter einvernehmlichem Einhalten von 1 RM. Einheitsgebühr möglichst frühzeitig an das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin 15, 5. Weisenburger Straße 12, zu richten. Den vom Zentralinstitut zugelassenen Einwohnern kann voraussichtlich 50prozentige Fahrpreisermäßigung gewährt werden.

Sport und Politik.

Der Europa-Rundflug, der in diesem Jahre von Polen organisiert worden ist, und in Warschau beginnt und endet, ist für Polen das größte sportliche Ereignis des Jahres. Der 1. Europa-Rundflug wurde im Jahre 1929 von Frankreich organisiert; als Sieger ging damals der deutsche Pilot Morzik aus dem Wettbewerb hervor. Auch im folgenden Jahre blieb Morzik der Sieger. Beim 3. Rundflug, der 1932 stattfand, konnte der Pole Wirzko den ersten Platz belegen. Der diesjährige, der 4. Europa-Flug wird von polnischer Seite fast ausschließlich als ein Wett-kampf zwischen den deutschen und den polnischen Fliegern und Piloten organisiert. Für Polen scheint es sich bei dem ganzen Unternehmen eigentlich bloß um ein Ziel zu handeln, die Deutschen zu schlagen, je möglichst selber zu schlagen oder wenn das nicht erreicht werden kann, sie von anderen schlagen zu lassen. Es ist natürlich der Sinn und das Ziel jedes sportlichen Wett-kampfes, den Konkurrenten durch eigene Leistungen zu überbieten. Und gerade ein fliegerischer Wettbewerb, der an die Menschen und die Maschinen die größten Anforderungen stellt, ist geeignet, unter nationalen Gesichtswinkeln betrachtet zu werden. Die Polen scheinen aber, sobald Deutsche an einem solchen Wettkampf beteiligt sind, sehr stark dazu zu neigen, politische Empfindungen auf das sportliche Geschehen zu übertragen. Wenn Deutsche dabei sind, dann wird ein sportliches Ereignis auch von denen mit Anteilnahme und Eifer verfolgt, die sonst für den Sport wenig Interesse aufbringen können. Das „Wiener „Slovo“ schrieb in seiner Vorchau auf den Europa-Rundflug ganz richtig: „Allen geht es nicht so sehr um den ersten Platz, als um den Sieg vor den Deutschen.“ Schließlich mögen die Italiener oder die Franzosen siegen. — die Hauptache bleibt, daß wir uns nicht von den Deutschen besiegen lassen. . . . Es gibt für uns keinen angenehmeren Sieg als den über die Deutschen.“

Die Erfüllung hat mit Sport nur wenig zu tun. Welche ist es aber politisch recht interessant. Polnische Sportler, die den Glanz beobachtet haben sollten, die deutsche Konkurrenz zu besiegen, werden in ihrer Heimat fast wie Helden mit dem Schlachtfeld heimkehrende Feldherren empfangen. Wenn sie aber von den Deutschen geschlagen werden, dann wird ihre Niederlage fast wie eine militärische Schlappe oder eine politische Schande empfunden. Und am liebsten würde man in einem solchen Falle die Schuldigen zur Verantwortung ziehen. So hat man doch z. B. einen polnischen Fußballmannschaft, die vor einiger Zeit in Marienwerder gegen eine deutsche Mannschaft an-

trat, vor ihrer Abreise nach Deutschland gedroht, man würde sie für fünf Jahre disqualifizieren, wenn sie etwa geschlagen nach Polen zurückkehren würde.

Den deutschen Sportlern aber, die aus einem Kampf als Sieger über polnische Sportler hervorgehen, gibt man keine Unzufriedenheit und Enttäuschung zu fühlen. So wurden die deutschen Radfahrer, die an dem Rennen Berlin-Warschau mit Erfolg teilgenommen hatten, nach ihrer Ankunft in der polnischen Hauptstadt geradezu schädig behandelt. Um den Einbruch parteilicher Darstellung und nationaler Gesinnung zu vermeiden, ist dieser Vorfall mit den Worten eines Warschauer Blattes, des „Dzien Dobry“, wiedergegeben. Es heißt dort:

„Die Radfahrer von Berlin-Warschau hat mit einem überbitterten Skandal ihren Abschluß gefunden. Den deutschen Radfahrern hatte man im Gebäude des Eisenbahner-Berufsverbandes Quartiere angewiesen. Als die erschöpften Teilnehmer an Ort und Stelle eingetroffen waren, fanden sie dort nicht allein keine vorbereiteten Zimmer, sondern nicht einmal ein Mitglied der Organisation vor, die die Unterkunft veranstaltet hatte und sich um das Nachtlager für ihre Gäste hätte kümmern müssen. In den Korridoren dröhte sich, um ein Nieser im Corridor, irgendeiner Funktionär umher, doch Niemand an. Die Gäste führten aus dem Innern des Gebäudes ein Hundert halbmächtiger Frauen und Mädchen, die über Hitler schimpften und Schmähdungen gegen die Gäste austießen, worauf sie im Echor die Internationale anstimmten. Die deutschen Radfahrer gaben sich schlaunigt aus dem ungesittlichen Hotel zurück; aber die Gruppe folgte ihnen und griff sie auf der Straße weiterhin an. Außer Schimpfworten wurden die Deutschen bei der Abfahrt mit einem Steinbeschleuderung.“

Der „Dzien Dobry“ fügt dieser Darstellung folgende Bemerkungen hinzu: „Man darf nicht doch einwenden, ihn dann aber mit Schimpfworten herauszuwerfen und mit Schuld zu belegen, ist es zu gemein eine Tat. Wer trägt die Schuld? Die nachlässige und ungeschickte, denksame Organisation, die sich mit der Veranstaltung der Fernfahrt befaßt hat. War es doch der Gipfel des Leichtsinns, die deutschen Radfahrer in einem Gebäude unterzubringen, das sich im Weg eines Verbandes befindet, der unter der gegenwärtigen Regierung in Deutschland nicht gerade günstigen politischen Einflüssen steht.“

Wandlungen der polnischen Presse.

In einem von den deutschen Wärdern in Polen verbreiteten Artikel wurden drei Haupttendenzen in der Entwicklung der polnischen Presse festgestellt, nämlich: Entpolitisierung des Lesers, der breiten Massen, verstärkte Kontrolle der Regierung über die politischen Informationsquellen, abnehmender Einfluß der Presse auf die Strömungen im öffentlichen Leben. Verbreiteter unpölitischer Lesersinn findet allem die gemäßigten Streifen, die in den letzten Jahren in vieler Großstädten und Industriestädten Massenauflagen erreicht haben. Eine Zeitung wie der Krakauer „Najstrozniejszy Kurier Codzienny“, die sich einst aus ähnlichen Anfängen heraus entwickelte (und bis vor kurzem das verbreitetste Blatt in Polen war), wird heute durch diese kleinen 5-, 8- und 10-Großchen-Wärdern bereits etwas in den Hintergrund gedrängt. Seine Auflage wird von einem Podzer Nachrichtenblatt, das sich hauptsächlich mit groben, unpölitischen Sensationen befaßt, übertroffen, von ähnlichen kleinen Zeitungen in Warschau und Lemberg fast erreicht. Die wenigen Nachrichten von allgemeiner Bedeutung, die ihren Weg noch in solche Streifenagen finden, stammen fast ausschließlich aus der halbamtlichen „Pat-Agentur“.

Die zweite auffällige Erscheinung im heutigen polnischen Pressewesen ist der Rückgang der unabhängigen und individuellen Information. Am auffälligsten ist er bei den Nachrichten aus dem Ausland. Noch vor wenigen Jahren legte eine ganze Anzahl von größeren polnischen Zeitungen Wert darauf, in den wichtigsten fremden Hauptstädten eigene Vertreter zu halten. Gegenwärtig begnügen sich die meisten Wärdern mit dem Abdruck der „Pat-Telegramme, die je allenfalls mit Nachrichten der gleichfalls offiziell beeinflussten kleinen „Kurier-Agentur (A. C.) und im besten Falle noch durch gelegentliche Korrespondenzen zu fälliger Mitarbeiter ergänzen. Einmalige, einigermäßen vollständige Auslandsdienste unterhalten nur noch zwei polnische Zeitungen, die halbamtliche „Gazeta Polska“ und der oppositionelle „Kurier Warszawski“, dessen politische Bedeutung in erster Reihe auf dieser Mitarbeiter unabhängiger Berichterstattung beruht.

Auch der innerpolitische Nachrichtendienst über politische Fragen wird immer häcker uniformiert, und zwar nicht so sehr durch die Zensur als vielmehr durch die Konzentration der amtlichen und halbamtlichen Mitteilungen in den Büros einiger Presse-Agenturen des Regierungsapparats. Das früher politische Nachrichtenamt der Staatskanzlei, der Inhalt der Parlamentsberichterstattung, hat mit dem Rück-

gang des Einflusses von Sejm und Senat seine einhellige Bedeutung in starkem Maße eingebüßt. So hat die polnische Presse zwar immer noch die Möglichkeit, in gewissen Grenzen verschiedene Meinungen zu äußern; aber die Informationsgrundlagen, auf denen sie ihre gegenseitlichen Urteile aufbauen kann, sind eng begrenzt. Über manche politischen und wirtschaftlichen Einseitigen Polens berichten die Organe der fremden Volksgruppen oder auch die Auslandsblätter nicht selten feiner und genauer als die polnischen Zeitungen selbst.

Die Folge dieser Anbahnungsbeschränkung der Tagespresse ist ein deutlicher Rückgang ihres Einflusses auf Urteil und Selbstanbildung weiter Volkskreise. So werden z. B. viele Schichten vor allem der Bauerschaft von der Tagespresse nicht als Leser erfasst und auch in den mittleren Orten vermag die hauptstädtische Presse nur ein geringes Echo zu finden. Obwohl aber die Tagespresse in Polen nur einen Teil der öffentlichen Meinung repräsentiert, ist ihr Einfluß auf die politische Führung doch größer, als meist angenommen wird. Der Verfall des Parlamentarismus hat die Bedeutung der Presse als Mittel der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Bevölkerung und als Organ der öffentlichen Kritik verflärkt. Es ist kein Zufall und auch nicht aus rein materiellen Gründen allein zu erklären, daß frühere Minister, Gesandte und andere hohe Staatsbeamte nach ihrem Rücktritt von Regierungsposten in den Zeitungsberuf gehen. Das gilt sowohl für Anhänger wie für Gegner der Regierung (z. B. Miedziński, Seyda). Auch Fälle, in denen umgekehrt namhafte polnische Publizisten in hohe Staatsämter berufen werden, sind noch bis in die letzte Zeit hinein zu verzeichnen, werden allerdings infolge des wachsenden Einflusses von Staat und Bürokratie auf die öffentlichen Dinge seltener. Für den Aufstieg politischer Talente in die Subversivität der Opposition bleibt die Presse, in der der einzelne Mitarbeiter fast immer wieder durch neue Leistung bemühen muß, das wichtigste Ausleseinstrument.

Die Ferienfahrt — ins schöne Schlesien!

Danzig im Kampf um Währung und Wirtschaft.

Daß sich die Wirtschaft der Freien Stadt Danzig nicht oben in einer besonders günstigen Lage befindet, wird von niemandem, am wenigsten von der Danziger Regierung selber, geleugnet. Aber eben die Kenntnis der Schwierigkeiten hat die Regierung zur Ergaunzung energischer Maßnahmen veranlaßt, deren Erfolge nicht abzuleiten sind. Vor allem auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung wurde Bedeutendes geleistet. Das energische Durchgreifen der Regierung hat schon zu einer beachtlichen Belebung verschiedener Wirtschaftszweige geführt; der Landwirtschaf, die vor dem Zusammenbruch stand, wurde durch die Marktregulierungsmanahmen ein lobenswurdiges ubersicheln erreicht. Angesichts der ersten und von Erfolg gekrönten Aufbaubarkeit der Regierung ist es besonders gefaig und verantwortungsvoll, wenn einige böswillige oder ubergrifliche Elemente hinsichtlich der Danziger Währung und beunruhigende Gerüchte ausgestreut haben. Mit Recht hat sich der Gouverneur Forster kürzlich sehr eindeutig und energig gegen diese Saboteure der wirtschaftlichen Gesundung Danzigs gewandt. Er hat entgegen den Gerüchten, die von diesen Elementen in Umlauf gesetzt worden sind, mit aller Bestimmtheit erklärt, daß die Regierung der Freien Stadt keinerlei Wahrungswirtschaftspolitik beschlieigt, und insbesondere an keine Geldentwertung denkt. Es scheint daß der Ursprung der Beunruhigung, die wegen der Zukunft der Danziger Währung hier und da entstanden ist, in gewissen jubischen oder polnischen Kreisen zu suchen ist, die es darauf abgesehen haben, den Aufbau der Danziger Wirtschaft zu stören oder die Freie Stadt zur Aufgabe ihrer eigenen Währung und zur Annahme der Glatz-Währung zu zwingen.

Auch Senatspräsident Dr. Kaufmann nahm am 3. September in einer Rundfunkrede Stellung zu dieser Frage; er sagte dabei u. a.:

„Wer aus der Währung seines Landes aus Furcht vor Verlusten oder um anderer selbstständiger Ziele willen heraus- und in eine andere Währung hineinzutreten, schießt sich aus der Volksgemeinschaft automatisch aus. Wer im gegenwärtigen Augenblick das Vertrauen in Staat und Wirtschaft durch ein solches verantwortungsloses Verhalten erhohert, verflandigt sich nicht anders als einer, der mitten im Kampf die Waffen vor sich wirft und aus der Front flieht. Ich nehme daher keinen Anstand, hier mit allem Nachdruck zu erklären, daß das Verhalten einiger und leider nicht aller weniger Danziger in den letzten Wochen geradezu eine Bedrohung des Schicksals der Freien Stadt darstellt, die nicht unbekannt geblieben daß sie ihren Persönlichkeiten zugehören, die Anspruch auf Autocritik und auf wirtschaftliche, ja sogar auf politische Führung

erheben. Ich muß feststellen, daß Elemente, denen die Pflege geistiger und kultureller Güter obliegt, ihren Idealismus auf eine betarrige Weise glaubten bekunden zu sollen. Ich hoffe, ich kann annehmen, daß diese Personen mehr aus unerbitterter Eile und Planlosigkeit gehandelt haben, als aus boem Willen. Ich will es annehmen, wenn sie ihr Unrecht an der Volksgemeinschaft und am Staat wieder gutmachen, indem sie ihr Vertrauen in unsere Währung durch Krafttritt zum Gulden bekunden . . .

„Der Ernst, mit dem mir unsere Lage betrachtet, bedeutet keinen Anreiz zur Eile, aber er ist sehr zur Besinnlichung. Wir fühlen uns Manns genug, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Es wird uns aber nur im gegenseitigen Vertrauen gelingen. Wenn aber Vertrauen die Grundlage unseres Daseins ist, so wäre es von freisinnig, das wirtschaftliche Fundament eines solchen, die sichere Währung, zu erschüttern. Seit mehr als zehn Jahren steht unser Danziger Gulden fest und unerfuhrt als eine der bestgelegendsten Währungen da. Große Weltumdrangen sind inzwischen abgelaufen, mir haben unsere ‚Nach behauptet. Wir haben eine Devisen- und Goldkurse um keine andere Währung, und mir werden dieses unser ‚Waldium nicht preisgeben, wie um diese Behauptung auch noch so viele Opfer kosten. . . Wir bedürfen keiner Abwertung des Guldens.“

*

Am Oktober 1932 hatte die polnische Regierung beim Danziger Volkerbundskomitee einen die Danziger Beamtenschaft betreffenden Antrag gestellt. Sie hatte darin gegen die angeblich häufige Einstellung von nicht einheimischen Beamten in den Dienst der Freien Stadt Beschwerde erhoben. Die polnische Presse hatte sich oft und ausführlich mit dieser Frage in auerst angeregter Weise befaßt und dabei in beunruhigender Verberung der Ursachen stets von einer ‚deutschen Ubertretung‘ Danzigs gesprochen. Dieser Beamteneinstreit ist nunmehr durch eine Danzig-polnische Übereinkunft beigelegt worden. Danzig hat sich danach bereit erklärt, für die Dauer von fünf Jahren Ausländer in keinem Falle als Unterbeamte, nur in Ausnahmefällen, soweit es sich um Beamteneinstellung, als mittlere Beamte und als höhere Beamte nur insoweit anzustellen, als es sich daß betreffenden Posten einer notwendigen Personalproduktion in Danzig Stadtangehrigkeit gibt. Der von dem Volkerbundskomitee anhangige Streit wird auf Grund dieser Übereinkunft auf fünf Jahre vertagt.

Der polnische „Leinenkrieg“.

Deutschland ist gelungen, seine Industrie in der Verborgung mit Rohstoffen nach Möglichkeit vom Auslande unabhängig zu machen. Darber gehört die Förderung der inländischen Rohstofflieferung. Die Verdrängungen in dieser Richtung, die im vergangenen Jahre von der nationalsozialistischen Regierung in Angriff genommen wurden, haben bereits zu einer ansehnlichen Vergrößerung der Schlackenabfae geführt. Das Ziel ist, nicht nur die deutsche Leinenindustrie in ihrer vorhandenen Produktionskapazität von auslandlichem Schlacke völlig unabhängig zu machen, sondern darüber hinaus auch für deutsches Feinen neue Verwendungsgebiete zu erschließen, um die Einfuhr von anderen Textilrohstoffen (Baumwolle, Jute usw.) herabzudrücken zu können. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß dieses Ziel erreicht werden wird, weil es dem Industrie- und Handelsministerium in Danzig nicht unehmlich in Hinblick auf diese Verhältnisse in Deutschland interessant, zu beobachten, wie auch in Polen seit Jahren eine sehr intensive Propaganda für polnisches Feinen durchgeführt wird, deren Träger nicht etwa nur die interessierten Wirtschaftskreise, sondern auch die das Gesamtwohl ins Auge fassenden Regierungskreise sind. Stärker als in anderen Staaten wird in Polen für das Es tragen von Feinenwaen und Leinenkleidung durch unentgeltliche Reklame gemacht worden. Durch einen verkleinerten Verbrauch von Feinen, nicht nur den Schlackenabfae, sondern in besonderem Maße auch der inländischen Seidenindustrie zu helfen. Den polnischen Propagandakampagnen nach zu urteilen, hat diese Propaganda zunehmenden Erfolg. Im Warschauer wurde in diesem Zweck vor kurzem eine große Ausstellung für polnisches Feinen veranstaltet. Unter dem Titel, „Von nun an herrsche bei uns polnisches Feinen“ brachte die „Polska Szaobnia“ über diese erfolgreiche Ausstellung einen Bericht, in dem es u. a. heißt: „In Warschau kann man sowohl auf der Feinenausstellung wie auch im Straßenbild eine gesunde Bewegung und Wendung der Gesellschaft zum Feinen hin feststellen. Man sieht Feinen auf Schritt und Treit. Jede Frau, die auf sich bat, die den Anspruch erhebt, modern gekleidet zu sein, wird in der Regel ein oder zwei große Schirme aus Feinen tragen. Substanz in der Warschauer Mode und aufwandlich durch ihren guten Geschmack ist die Sattin des Minikers Beck, die große Meisterin in der Feinenpropaganda.“ Durch verdrokte Feinenproduktion kunnten, besonders in den östlichen Gebieten Polens, johlreiche, vor allem Frauenhandwerk beschäftigt werden. Das Weinogebiet, Posen und das südliche Galizien seien die Feinen-

gebiete, die diesen Krieg Polens zum Feinen hin als große Erleichterung in ihrer schweren Lage empfinden.

„Es ist sehr natürlich, auch in Polen nicht an Gewinn einer Weltmarkt durch die Feinenproduktion. Es sind dies vor allem die Baumwoll- und Juteindustriellen, die in der Lodzer Industrie- und Handelskammer eine starke Vertretung ihrer Interessen besitzen und mit den Bevormannern des Schlackenabbaus und dessen industrieller Verwertung im Inlande seit Jahren einen fostlichen „Leinenkrieg“ führen. In Warschau besteht eine ‚Gesellschaft zur Förderung des polnischen Feinens‘ und beim Präsidium des Ministerrates wurde ein „Leinenkomitee“ ins Leben gerufen. Von den Feinenanhangern wurde vor einiger Zeit eine Professorenbroschure herausgegeben, in der die Vorteile und Möglichkeiten einer vermehrten Feinenproduktion in Polen dargelegt, ein Nachwort beigefügt, und die Einwände der Feinengegner milderlegt worden sind. Die Verfasser dieser Broschüre geben wohl die teilweise Verdrängung der von der Gegenseite erhobenen Einwände zu, daß es an technischen Einrichtungen für die Feinenerarbeitung und an polnischem Qualitatsfeinen fehle, daß die Feinenpreise zu hoch seien und die Gefahr einer Entwertung der in der vorhandenen polnischen Textilindustrie investierten Kapitalien bestehe. Sie kommen aber doch zu dem Schluß, daß die Entwicklung des Schlackenbaus und der Feinenproduktion keinen Zweck der polnischen Industrie unterbringe, sondern im Gegenteil in bedeutendem Maße zur Stärkung der Textilindustrie in Polen beitragen könne, da sie sich auf inländische Rohstofflieferung beruht. Der Aufbau in Polen sei einleuchtend in einem Entwicklungsstadium, das es notwendig mache, ihm die Arbeitsleistung vorzuschreiben und ihm Schutz und Hilfe zu gewähren. Deshalb sei die Unterstützung der Initiative für den Schlackenbau im Interesse des Staates geboten.“ Im einzelnen wird dann u. a. die Verlegung der Baumwoll- und Juteeinfuhr mit Zöllen gefordert, verdrokte Propaganda für polnisches Feinen, Schulung und Kontrolle der Schlackenbauer und -verarbeiter, Sicherung von Absatz und Preis der Feinenproduktion, Ausgabe von Standardbedingungen für Feinen zur Festlegung der Qualität, Förderung der Schlackenabfuhr, sondern der inländischen Feinenfabrikation auf. Der Sieg im polnischen Leinenkrieg scheint den Kreisen sicher zu sein, die die Ländern der inländischen Rohstoffherzeugung vorziehen. Auf ihrer Seite steht die Wirtschaftspolitik der Regierung.

Frankreich und seine Polen.

Daß Frankreich jetzt meistens die polnischen Arbeitskräfte seines nördlichen Industriebezirks ausweilt, hat verschiedene Gründe. Der eine, der von französischer Seite besonders betont wird, ist die zunehmende Verschärfung der Arbeitsmarktlage in Frankreich. Obwohl Arbeiter entlassen werden müßten, kann jetzt als erste Ausländer daran glauben. Diese Einstellung ist an sich durchaus verständlich; und die Polen selber haben in ihrem Lande auch stets nach dem Grundloß gehandelt, daß zuerst die Angehörigen der fremden Volksgruppen zu entlassen sind und dann erst die Polen. Aber das Vorgehen in dem vorliegenden Falle ist für die Polen, daß die Politik nicht gegen alle ausländischen Arbeiter in Frankreich, nicht auch gegen die Italiener, sondern mit einseitiger Schärfe gerade gegen die Polen durchgeführt wird, und daß es nicht bei den Entlassungen bleibt, sondern daß die Entlassenen obenrein noch wie lästige Geleinde bananografiert werden und daß in der französischen Presse hinter dem Abgeschiedenen schließlich auch noch hinterdem geleimt wird. Man höre z. B. in dem Pariser „Le Jour“ ein französischer Ingenieur, der einmal längere Zeit in Oberösterreich tätig gewesen sein will, die polnischen Arbeiter, die ihre französische Arbeitsstätte erkläreterweise nicht gerne im Stich lassen, verpöht: „Sie hätten sie (d. h. die polnischen Arbeiter) in ihrer Heimat leben sollen — elend verhungert, krank, wahres Menschenvieh, das zu beschreiben unmöglich ist — um ihren Wunsch zu begreifen, in Frankreich zu bleiben. Dort (in Oberösterreich) wohnen sie in Bretterhütten, schlafen auf Stroh, ernähren sich ja mermoreell. Die meisten sind so schlecht, die Hälfte ist über die Hälfte, sie fühlen sich nicht wohl.“ Hier (in Frankreich) hat man sie mit Weibhütten überschüttet; sie bekamen gemauerte Häuser, Gärten, fließendes Wasser, Licht, Kohle, und das alles umsonst. Und heute sagt man ihnen, daß sie sich trollen sollen. Man braucht nur hinzusehen, wie sie sich an die französische Erde klammern, wie Schlingpflanzen an einen Baumstamm.“ Es ist eine oft beobachtete Tatsache, daß der Franzose es liebt, über die, die er ins Unglück gestürzt hat, auch noch zu spotten. Heute sind es die Polen, die ihren Bundesgenossen auch mal von dieser Seite kennen lernen.

Die schließliche Arbeitsmarktlage ist nicht der einzige Grund für die Missansensungen der polnischen Bergarbeiter aus Frankreich. Zweifellos macht sich darin auch die politische Veränderung der Franzosen über ihren allzu selbsthändigen gewordenen Wallen bemerkbar; und schließlich behält polnischen dem polnischen Vorgehen gegen das französische Kapital

in Sympathie und dem französischen Vorgehen gegen die polnischen Arbeiter ein unerbittlicher Zusammenhang. Aber Frankreich hat sich wohlmeinlich geriert, wenn es glaubt, durch eine Verschärfung seiner Ausweisungspolitik die polnische Regierung zu einer milderen Behandlung der französisch-italienischen Schieber zwingen zu können. Schließlich ist es noch ein dritter Grund, der Frankreich zu diesem Vorgehen gegen die polnischen Arbeiter veranlaßt. Frankreich ist an sich gerne zur Aufnahme fremden Volkskum in seinen Grenzen bereit. Und es hätte an sich wohl auch — trotz der Schwierigkeiten der Arbeitsmarktlage — die nach dem Kriege eingeborenen polnischen Arbeitskräfte im Lande behalten. Aber es verlangt dafür von ihnen, daß sie ihre Volkstum aufgeben, daß sie aber doch wenigstens ihre Kinder im französischen Volkstum aufgeben. Es verlangt die französische Assimilierung. Hierzu aber sind die Polen, die sich in Frankreich — häufig in geflochtenen Kolonien — niederlassen, haben, durchaus nicht bereit. Sie haben gegen die Schwierigkeiten und Hindernisse, die ihnen von den französischen Behörden und den nationalen Verbänden in dem Weg gelegt wurden, mit viel Mühe ihr eigenes nationales Leben zu erhalten und zu organisieren versucht. Das hat sie in einem immer schärfer werdenden Gegensatz zur französischen öffentlichen Meinung gebracht, die nur so lange liberal zu sein pflegt, als sich die anderen ihr widerprüchliches unterwerben bereit sind.

Die Polen in Frankreich wollen eine kulturautonome Volksgruppe bilden, das aber läßt sich mit dem französischen Staatsdenken nicht vereinigen. Die französischen Statistiker haben mit Treuen festgehalten, daß das Jahr 1933 fast länger Zeit zum erstenmal wieder einen nennenswerten Abwärtsfuß der Geburten über die Sterbefälle gebracht hat. Bei näherem Zusehen aber haben sie dann feststellen müssen, daß diese günstige Wendung ausschließlich auf die größere Geburtenhäufigkeit der in Frankreich anfallenden fremden Volksgruppen, in erster Linie der Polen, zurückgeht. Die Zugewandten, sich zu assimilieren, in Verbindung mit der hohen Geburtenziffer aber macht die Polen in Frankreich, auf die Fänge gefangen, zu einer Gefahr für die Einheit des französischen Staates. Die obenhin schon durch die deutschen, italienischen, bretonischen, flämischen und katalanischen Bevölkerungsteile bebrot ist. Die französische Staatsidee duldet keine volkstümliche Polen innerhalb der französischen Grenzen. Hier heißt es: Entwerde das Polentum aufgeben oder Frankreich verlassen.

Protest in Tarnowik.

Am Mai dieses Jahres war der neue polnische Bürgermeister der alten oberösterreichischen Stadt Tarnowik in sein Amt eingeführt worden. Bis dahin hatte das Bürgermeistamt in den Händen eines Deutschen gelegen. Die deutsche Stadtverordnetenfraktion hatte sich an der Amtseinführung des Polen beteiligt und nachdrücklich ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen aufwachen Kräften betont. Einige Monate haben genügt, um die Hoffnungen der deutschen Fraktion auf lokale Zusammenarbeit mit dem neuen polnischen Stadtverordneten zu zerstören. In einer Sitzung der Stadtverordneten beschloß sich die deutsche Fraktionsführer, Czaja über die jüdischen Entdeutschungsgeschehnissen der letzten Zeit. Er stellte in seiner Erklärung u. a. folgendes fest:

„Langjährige deutsche Angestellte und Hilfskräfte im Verwaltungsdienst des Magistrats und in den einzelnen städtischen Unternehmungen wurden entlassen. Beamte mit langjähriger Erfahrung wurden ihrer Stellung entzogen und werden jetzt in einer untergeordneten Stellung beschäftigt. Uns ist ferner bekannt, daß Aufzählungen nahegelegt worden ist, ihre Kinder aus der Minderheitschule herauszunehmen und sie in die polnische Volksschule zu schicken, wenn sie nicht ihrer Stellung verlustig gehen wollen. Man hat Vorgehen gegen Beamte, Angestellte und Hilfskräfte größtenteils mit der Rotwendigkeit von Sparmaßnahmen begründet. Tatsächlich sind jedoch für alle durch Entlassung aus den städtischen Diensten ausgeschiedenen Kräfte neue Einstellungen mit zum Teil weit höherer Bezahlung erfolgt. Wir müssen ferner feststellen, daß in den letzten Monaten, und zwar seit dem Amtsantritt des neuen Bürgermeisters, bei den städtischen Arbeiten deutsche Handwerker nicht mehr beschäftigt wurden und daß deutsche Kaufleute bei städtischen Lieferungen übergegangen sind.“

„Auch die Frage der Beilegung der Denkmäler“, heißt es weiter in der deutschen Erklärung, „hat in der Bürgerliste harkles Fremden ausgeübt. Das Denkmal des Freiherrn von Stein am Reuring wurde umgelegt, die deutsche Inschrift am Eingang zum Stadtpark beseitigt. Die Umwandlung der deutschen in eine polnische Inschrift am Ringdenkmal, das zu Ehren des verdientvollsten Stadtförderung, des Herzogs Johann von Oppeln, gesetzt worden ist, ist bereits angekündigt. Der Magistrat hat ferner beschlossen, auch die Figur an der Kängels des Rathauses, welche den Markgraf Georg von Brandenburg darstellt, zu beseitigen. Die Stadt Tarnowik stellt sich das Zeugnis großer

Undankbarkeit aus, wenn sie Gedenksteine an Männer, denen nicht nur die Stadt allein, sondern ganz Oberösterreich so unendlich viel verdankt, beseitigt. Ähnlich liegt es mit den Straßennamen. Auf Grund eines Magistratsbeschlusses sollen Straßen, die seit Jahrzehnten nach verdientvolleren Bürgern benannt sind, wie die Kukalsh- und Carnallstraße, umbenannt werden. Auch dies heißt eine große Undankbarkeit dar und wird nicht nur von deutschen Bürgern allein, sondern auch von polnischen Bürgern, denen Verdienst und Exaltation noch etwas gelten, mißbilligt. Wir können es verstehen, wenn man wünscht, daß nach verdienten Männern der polnischen Geschichte Straßen benannt werden. Dies sollte jedoch nicht auf Kosten verdienter Oberösterreicher, die eine Ehrung sehr wohl verdient haben, geschehen ...“

Czaja schloß seine Erklärung mit folgenden Worten: „Die deutsche Bürgerliste und ihre Vertretung, die deutsche Stadtverordnetenfraktion, sind zwar zu einer gemeinsamen, friedlichen und vertrauensvollen Aufbauarbeit auch in Zukunft bereit. Wir richten aber an den Bürgermeister die Bitte, seine Julose für aererbte und unterschiedslose Behandlung aller Bürger unserer Stadt in die Tat umzusetzen. Bei gleichen Pflichten auch gleiche Rechte! So möchten wir die Arbeit des Magistrats sehen, den wir in seiner Gesamtheit bitten, sich in seinen Entscheidungen und Maßnahmen von dem ewig gültigen Grundgesetz des Rechtes und der Gerechtigkeit leiten zu lassen.“

Bezeichnenderweise hat sich weder der polnische Bürgermeister noch irgendein polnischer Stadtverordneter zu dieser Erklärung geäußert. Sie wurde stillschweigend angehört und der polnische Bürgermeister verließ danach stillschweigend die Sitzungssaal — vermutlich als „Protest“ gegen die „deutsche Prookation“.

Bis zum 20. d. M. müssen Neubestellungen auf unsern Ofstand für Oktober-Dezember

„aufgegeben werden. — Bei später erfolgenden Bestellungen ist eine Sondergebühre von 20 Pf. zu zahlen. Der Beugspreis für drei Monate beträgt 1,50 M. (ohne Zustellungsgebühre)“

Haus Habsburgs antideutsche Mission.

Otto von Habsburg hat sich auf Reisen gegeben. Anfangs glaubte man, er hätte sich Italien als Ziel erwählt, dann aber erludt die neugierige Welt, daß der Kaiserjahn „inkognito“ in Skandinavien als „Privatmann“ und Leute flüchtete. Eingeweihte Kreise glauben den Grund dieser unerwarteten Nordlandfahrt zu kennen. Nach ihrer Meinung habe Mussolini den Wunsch geäußert, Otto müsse auf neutralem Boden die Entwicklung der Dinge abwarten, um den Alibimörsen erbringen zu können, daß er den Wöttern um die Wiedererrichtung der österreichischen Monarchie fernstehe und für seine Person jede Einmischung in eines etwas belaktes Problem ablehne. Aber diese Vorhats sind nicht, doch sind sie überaus wichtig. Otto von Habsburg hat in den letzten Monaten mehr als einmal zu den politischen Ereignissen Stellung genommen und in verschiedenen Briefen an einzelne österreichische Gemeinden, die ihn zu ihrem Ehrenbürger ernannt hatten, die Hoffnung geäußert, daß er „mannhaft“ geföhrt. In einem handschriftlichen „aus dem Exil“ hat Herzog Max von Hohenberg, der älteste Sohn des ermordeten Franz Ferdinand, dem Bürgermeister der Gemeinde Rabegsdorf - Waidern überreichte, heißt es wörtlich:

„Ich antworte auf die Kreuze von Österreichs Vöndberöckerung: Dem Vöndernstande als einer der stärksten Stützen des Staates muß geholfen werden. Erststellen sie Sie, empfinden Sie die Gefahr der Ihren drohenden Entzweiung, und Sie, als die Einzigen, die in der Lage sind, diese Gefahr zu beheben, zu erhalten und ihn vor der wirtschaftlichen Verelendung zu schützen. Ich will — wenn ich mit Gottes gnädiger Hilfe die Führung Österreichs übernehmen habe werde — alles daransetzen, seine wirtschaftliche Lage zu heben, nicht zuletzt auch durch Errichtung der unentgeltlichen Cälen, die den Stand der Landwirte auf das schwerste bekräftigen.“

Man wird nicht wohl behaupten können, daß solche Kundgebungen des Habsburger Prinzen mit den Veranlassungen der jüngsten Diplomatie übermütigen des Habsburgs ein Zusammenhang haben. Er hat sich wohl dürfte in diesem Zusammenhang angebracht sein, ein weiteres Schreiben der Öffentlichkeit vorzulegen, das Otto an den Vorsteher der kleinen Gemeinde Hain bei St. Pölten richtete.

„An der letzten Zeit wurde eine österreichische Bewegung großgezogen, die allen alles verpönd, zugleich aber die unwürdige Achtung und millenlose Unterwerfung des österreichischen Volkes auf ihre Fahnen schrieb. Mit gleichzeitigen Reden zürn, dann mit verbrecherischen Cälen aller Art verlusten diese falschen Ziele zu erreichen. Die Vöndern der deutschen Kultur ihr Vorhaben zu begründen. Das Volk Österreichs jedoch mündet sich in seiner großen Mehrheit um solchen Beginn ab, auch wohl nicht, daß er eine deutsche Kultur vornehmlich in Österreich beheimatet ist. War doch Österreich durch Jahrhunderte unter der Führung meines Hauses der Träger des Gedankens des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation und rettete immer und immer wieder das Deutschum von den größten Gefahren. Klar erkannte auch das Volk, daß die vielen demagogischen Verpöndern nicht eingehalten werden könnten. Und seine Selbständigkeit gibt es um keinen Preis her. Niemals wird es zugeben, daß andere Vöndern eine Rolle in der Geschichte spielen und daß die Österreicher als ein Volk mit einer eigenen Kultur angesehen werde. Stolz auf seine Eigenart und Geschichte, auf seine Sitten und Gebräuche, erhebt sich das österreichische Volk gegen die unehrliche aller Cälen, den Treubruch am eigenen Vaterland. ... Gehe Gott, daß es mir vergönnt sei, bald in die Heimat zurückzukehren. Denn in den Tagen der Gefahr sind Österreichs Fürsten und sein Volk

immer Seite an Seite gestanden, und Eage der Gefahr sind wirklich über Österreich heringebrochen. Ich bin der Erde der Kaiser der Vergangenheit. Diese Erbschaft heißt mich, Österreich neu aufzubauen und sein Volk dem künftigen Glück entgegenzuführen.“

Otto von Habsburg scheint mit den geschichtlichen Cälen nicht allzu vertraut zu sein, und das Wort Treubruch dürfte gerade er aus Gründen der Pietät nicht ausprechen. Da er sich aber, wie die jüngste Diplomatie unentgeltlich verpönd, hat nie vor nur als „Privatmann“ fühlt, wird man ihm diese Entstellungen nachsehen müssen. „Inkognito“ heißt er im Auslande, bis der Name des Volkes ihn wieder in die Heimat zurückzogen läßt. Das „inkognito“ ist ein Titel, ein Starbener, der zu wenig wird im Auslande die Cäle bekräftigt, daß Otto mit einem österreichischen Pächter, den ihm Dr. Dollfuß im Januar vorigen Jahres durch die Berliner Gesandtschaft überschrieben ist. Der Umstand, daß dieser „Pächter“ auf den Namen „Mr. de Bar“ lautet, dürfte verschiedene Rückschlüsse zulassen. Seit Jahrhunderten bedienen sich die österreichischen Herrscher dieses Titels, wenn sie privat und unerkannt auf Reisen gehen wollten. Er ist das letzte Glied in der schier endlosen Kette von Namen, die den Habsburgerkaiser zuflanden, und stammt von dem kleinen Herzogtum Bar, das zu Verbringen gehörte, im 15. Jahrhundert unter Habsburger Herrschaft gekommen war. Inwieweit ist auch noch, daß die Gattin Franz Josephs, Kaiserin Elisabeth, als „Mabame de Bar“ in dem ein Meuchelmörder zum Opfer fiel und die Schweizer Vöndern auch nach dem Tode dieser königlichen Frau dieses Inkognito zu mahren suchten.

Mag auch in den letzten Wochen Senfation über Senfation die Gemüter der Welt aufgewühlt haben, die Gerüchte über die Wiedereinsetzung der Habsburger wollen nicht verstummen. Auf dem Schloße des Prinzen Hohenlohe tagten die österreichischen Legationisten unter dem Vorstehe des Seniors des Erbhauses Habsburg, Eugen.

In Italien föndert die Exkaiserin Zita auf dem Stammlande der Parmas ehrgeizig Pläne, um der entzweiung des Reiches ein Ende zu machen. Die Kaiserin hat in diesem Jahre ein großes gefällige Spiel, das Europa nur noch mehr verwirren muß. Ein „Archäologischer Alphonso“ sieht sich nur als „Privatmann“, denn es ist nicht annehmbar, daß er seine Ansicht, nur das Volk allein dürfe über sein Schicksal bestimmen in den letzten zwei Jahren geändert hat. Um Zweifel an der Echtheit dieses Auspruches zu beseitigen, sei darauf hingewiesen, daß König Alphonso diese Erklärung im August 1933 in Mailand abgab, als er der südtürkischen Familie Metternich auf Schloss Königsmarkt einen Jagdbesuch abstattete, und ausländische Journalisten ihn bestärkten, so eine Wänderung der europäischen Monarchien zu erwarten wäre.

Wahrscheinlich erhofft sich auch die Kaiserin ein Stückchen an den augenblicklich großes Interesse an einer Habsburgerklärung bekommt und nur ungern daran erinnert werden will, daß auch er einmal großdeutsch gedacht und während der Polenkriege in Oberösterreich an der Spitze des Innsbrucker Studentenkorps aktiv an der Verteidigung deutschen Bodens beteiligt war, daß er im Sommer 1931 dem Bildbauer Baron Wartberg verpöndete, Österreich werde und dürfe keine deutsche Senbung nie vergeffen, an eine Wänderung der Habsburger, die immer nur um ein Auslande abhängig sein würden. Ich möchte zu denken, daß die Kaiserin sich nicht nur an die Kaiserin Elisabeth, sondern auch an eine Empfehlung Alphonso Mussolinis, des Bruders des Duce, Starbener aufsuchte, wohnen als Galt auf dessen Stammlande weilte und dort eine Wänderung der Fürsten anfertigte, dürfte diese Bekanntschaft wohl föndlich erstanden haben. — Auf neutralem Boden wartet Otto von Habsburg, bis sein „Volk“ ihn ruft. — „Mr. de Bar“ ist bereit!

Rudolf Schröder.

Ein Kapitel polnischer Sozialhygiene.

Daß trotz mancher Bemühungen um Abhilfe auf sozialhygienischen Gebieten in Polen noch recht traurige Zustände bestehen, ist kein Geheimnis. Was in dieser Hinsicht z. B. mit dem Weichselwasser geschieht, wird, auch aus einer Hinsicht her, „Danziger Neuesten Nachrichten“ berichtet, dort heißt es a. a.:

So hiermit stellt die polnische Dichtung die Weichsel behandelte. So wenig Verständnis zeigen auch Wahrheit und Wirklichkeit diesem Strom. Zwar gibt es einen Ausschüß in Polen, der eigens zum Schutz dieses Flusses eingesetzt worden ist. Als ob einem Fluß von der Größe der Weichsel ein Schaden zugefügt werden könnte! Und doch ist es in der Tat so. Der Mensch ist der größte Schädling der Natur, die es so gut mit ihm meint. Es geht bei ihm nicht um die unheimlichen Krankheiten der Kapitalen der polnischen Sozialhygiene, daß die Städte des Landes ihre Abwässer in die Weichsel, in die Weichsel und Gemässer ableiten, aus welchen sie ihren Wasserbedarf schöpfen! Was das praktisch bedeutet, zeigen die Wasserentwässerung, Wasserentwässerung, die in Warschau angelegt wurden. Die Hauptstadt schöpft ihren Wasserbedarf (auch für Trinkzwecke) aus der Weichsel, und zwar in der Nähe des Warthauer Vorortes Czerniakow, wo sich die großen Filteranlagen befinden, die übrigens zu den modernsten Europas geöhrt werden. Die Anlage eines Kubikzentimeters Wasser, das an dieser Stelle der Weichsel entnommen wird, enthält im Durchschnitt nicht weniger als 180 Krankheitskeime! Die 180 Bakterien werden natürlich auf dem Wege zum Magen des Warthauer Wassertrinkers durch

die riesigen Filter abgetötet, die das Wasser passieren muß, bis es dem Konsum zugeführt wird. Diese beachtliche Zahl von 180 Bakterien steigt aber noch auf 300 000, und zwar dort, wo die Abwässer (es sind im Gesezeshinricht 100 Millionen Liter) die 30 Millionen m³ fließt in die Weichsel (bei dem Vorort Mielno) abgeleitet werden. Genau so wird Warschau föndert unterhalb der Hauptstadt alle anliegenden Ortschaften ihr Wasser aus der Weichsel. Mit dem Unterschied nur, daß diese Ortschaften über keine Filteranlagen verfügen, auf die Warthau mit Recht stolz sein darf. Allerdings vollzieht der Fluß eine Art Selbstreinigung. In der Nähe von Wysogrod, das mehr als 100 Kilometer von Warthau entfernt liegt, hat die Verschaffenheit des Wassers ungefähr den Stand von Czerniakow (d. h. etwa 180 Bakterien) wieder erreicht. Immerhin ist eine Wasserreinigung zum mehr als 100 Kilometer notwendig, um die Krankheitskeime abzutöten, die allein Warthau der Weichsel zuföhrt. Kräftig treten die Bakterien, wenn auch auf Umwegen und in viel geringerer Zahl, über „Wasserkörper“ in die „Quellflüsse“ nieder. Um „Tausend“ nur an die Gefäße und Vöndern, in welchen etwa die Milch nach Warthau gebracht wird und die in dem bakteriellen Weichselwasser gereinigt zu werden pflegen. Und wie muß erst das Wasser der anderen Flüsse und Gemässer Polens beschaffen sein, in die die zahlreichen Fabriken ihre Abwässer tanken. Erst vor kurzem ist ermittelt worden, daß in einigen besonders gefährdeten Gemässen die Flüssigkeit ausserhalb der Weichsel in die früher einen wichtigen Erwerbszweig der örtlichen Bevölkerung darstellten.

„Wolkenkräher“ in Kattowitz.

Kattowitz hat einen „Wolkenkräher“ erhalten: Keller, Erdgeschob und 15 Stockwerke — das macht zusammen 56 Meter. Vier Jahre hat man daran gebaut. Drei Millionen Zloty hat der Luxus gekostet, den sich natürlich nicht ein rekrutpflichtiger Primatmann geleistet hat, sondern der Wohnungswirtschaftsleiter, der ja bekanntlich nicht müde, was er mit seinem eisenen Geld (s. B. von Wetz) anfangen soll. Das Gebäude stellt in mancher Hinsicht einen Superalto dar: Es ist das höchste Wohnhaus in Polen (nur Warschau besitzt ein noch höheres Gebäude, den Bau der Präfektural-Gesellschaft); es ist das einzige Gebäude in Polen, das eine gemeinsame Antenne für alle Wohnungen besitzt; es heberbergt den einzigen Treffer mit Temperaturregleranlage, den Polen aufweisen kann; ferner sind alle elektrischen Anlagen mit Radio-Störbuch versehen — gleichfalls die erste Anlage dieser Art im polnischen Staat. Neben 38 Wohnungen für Finanzbeamte ist noch das Finanzamt in dem Hochhaus untergebracht. Sämtliche Wohnungen sind mit allen Schikaren der Neuzeit versehen: Telefon, einbaubare Schränke, Zentralheizung, Gefrierkühlvorrichtungen, Radio, Klüdenlicht mit ausziehbarer Zügelbremse, warmes und kaltes Wasser ufm. Im Keller: elektrische Waschinischen, Schleubertrockner, Heißluftkammer und eigenes Pumpwerk — denn der Kattowitzer Wollkamm verlor oft schon für vierstellige Häuser den Dienst. Eine Vierzimmerwohnung kostet alles in allem monatlich nur 150 Zloty. Das ist eine Kleinigkeit mehr als das Monatsgehalt eines kleinen Beamten. Das ist alles recht nett. Nur hat man dabei keine Bedenken:

Es gibt Häuser in Kattowitz, die nicht 15 Stockwerke hoch sind und doch ganz ansehnliche Risse im Mauerwerk aufweisen, weil sich der Erdboden der Stadtunterstadt unter der Belastung gesenkt hat. Man hat das Hochhaus auf ein festes Meter starkes Eisenbeton-Fundament gelegt. Die Ingenieure müßen ja wissen, das das ausreichend, um 14000 Zentner Stahl, 1000 Kubikmeter Eisenbeton und einige 100 000 Zloty zu tragen. Wenn einer von letzten Stockwerk aus über die Feuerleiter auf die Plattform hinaussteigt und von dort auf die Stadt herablickt, dann ist er wohl erfreut, sich zu fragen, warum hier 3 Millionen Zloty in ein Gebäude für 38 Familien hineingeleistet worden sind, während dort unten in drangvoller und schmutziger Enge Tausende von Familien zu hausen gezwungen sind, und er wird sich wohl fragen, daß es zwar weniger imponant, aber sicherlich viel sozialer, zwar weniger repräsentativ, aber viel vernünftiger gewesen wäre, statt eines „Wolkenkräher“ ein paar Dutzend kleinerer, schlichter Wohnhäuser zu bauen. Aber die Kattowitzer „Wohnschaft“ hat ja schon mehrfach bemerkt, daß es ihr mehr darauf ankommt, dem Fremdenverkehr bauliche Attraktionen zu bieten, als die Kumpels in anständigen Wohnungen unterzubringen. Sie legt ihren Ehrgeiz und das Geld ihrer Steuerzahler darin, mit einem „Wolkenkräher“ zu prahlen in einer Zeit, in der man in der übrigen Welt dabei ist, sich diesen amerikanischen Himmel abzugewöhnen und auf die „Lasmüßde der „modernen Sozialpolitik“ zu verzichten.

Die polnischen Tataren.

In der „Gazeta Polska“ erschien am 13. August ein interessanter Artikel über die im nordöstlichen Polen lebenden Tataren. Die Folgen im vorübergehenden Verfall der polnischen Wälder. Die polnischen Tataren leben in der Umgebung von Komogrodzki, Wilna, Grodno und Zlonim. Ihre Vorfahren ließen sich dort — teils gezwungen als Gefangene, teils freiwillig als Einwanderer — nieder. An der fremden Umgebung verloren sie wohl ihre Sprache, aber sie blieben Mohammedaner. Diese religiöse Abföndderung von ihren römisch- und griechisch-katholischen und israelitischen Nachbarn hielt in ihnen das Bewußtsein ihrer andersrassigen Abstammung wach und veranlaßte sie dazu, durch die Jahrhunderte hindurch die geistige Verbindung mit den verendeten Völkern des Orients aufrechtzuerhalten. Bereits in den Herzen des litauischen Großfürsten Gedemina kämpften tatarische Truppen und Großfürst Witold war ihr besonderer Schützer. Unter der Führung von Wielat-Edin, dem Sohn des Chans Kocotamylch, nahmen die Tataren im Jahre 1410 an der Schlacht bei Cannenberg gegen die Deutschen teil. Im 16. Jahrhundert unter Sigismund dem Alten und Sigismund August erreichte die Entwicklung der polnischen Tataren ihre höchste Blüte. Sie fanden in nichts der polnischen Schicksale nach, ihre Zahl betrug damals einige Zehntausend. Gegen Ende dieses Jahrhunderts aber vergrößerte sich ihre Lage unter dem Einfluß der jüdischen Segenreform, und im 17. Jahrhundert, als sie ihres Glaubens wegen der Gesetz und tatarischer Künste angeklagt wurden, begannen eine Massenemigration der Tataren nach der Türkei. Große Gruppen aber blieben in Polen.

Seit Jahrhunderten dienen die Tataren als Reiter im polnischen Heere; kein polnischer Kriegszug fand ohne ihre Teilnahme statt. König Johann Sobieski mußte ihre Verdienste um Polen zu schätzen; er erteilte für die Rückkehr der Tataren aus der Türkei Amnestie und gab ihnen gleichzeitig ihre Gendarmen und Freiheiten zurück. Die Tataren nahmen an den polnischen Aufständen und an den polnischen Kämpfen um die polnische Unabhängigkeit teil. Unter ihnen orientiert der „Politiker und Verführer Alexander Homan Emir Sukiewicz, der „Schwarze Mähdor“, besondere Erwähnung. Er fiel in den Reihen der 1. Brigade bei Stomoch im Jahre 1916. Im Jahre 1919 wurde im polnischen Heere eine besondere tatarische Reitertruppe gebildet, die als „Tatarisches Ulanenregiment Oberst „Musaofa „Chamotowicz“ im Jahre 1920 gegen die Bolschewiken mitkämpfte.

Aber die kulturellen Verhältnisse der polnischen Tataren führt die „Gazeta Polska“ u. a. folgendes aus: „Es ist klar, daß die Kultur der Umgebung bis in die Tiefen der tatarischen Seele eingedrungen ist. Die Jahrhundertlangen Kämpfe um die gemeinsame Freiheit haben die Tataren zu einer unzerstörbaren Einheit mit dem übrigen polnischen Volke verschmolzen. Seit Beginn dieses Jahrhunderts konzentrieren sich die kulturellen Bemühungen der Tataren um die Erforchtung der ritterlichen tatarischen Vergangenheit. Die Initiative zu dieser kulturellen Entwicklung trägt vor allem die tatarische Jugend. Am 1. April 1911 — und 3 Jahre später — nahmen in Wilna eine besondere tatarische Kulturvereinigung des tatarischen Volkes. Sie nahmen herbeizogende Stellen ein im Senat, im Gerichtswesen, in Kreistagen und Stadtverwaltungen (namentlich bemerkt, ist die Frau des litauischen Staatspräsidenten Smetona eine Catorin; ihre Schwelmer ist die Gattin des litauischen Ministerpräsidenten Kubelisz; auch Jost Pielen die Catorin in Vitauen, namentlich in der Armee, eine ähnliche Rolle wie im heutigen Polen).

Auf dem allpolnischen Kongreß der Delegierten der mohammedanischen Gemeinden in Wilna 1925 wurde die Autokephalie des

polnischen mohammedanischen Glaubensverbandes verankert und zum geistlichen Oberhaupt der „Maffi“ Dr. Jakob Syzkiemski ernannt. Auf demselben Kongreß wurde auch der „Verband der Catoren“ als „Verband der Kultur und Bildungswesen“ gegründet, und im Lauf der nächsten drei Jahre entstanden in den Ortschaften, in denen die Catoren leben, 20 Ortsgruppen dieses Verbandes. Im Jahre 1928 wurde die Eröchtung eines tatarischen Museums und Archivs in Wilna, und die Herausgabe des „Werks von Prof. Stanislaw Djadulowicz unter dem Titel „Wappenbuch der tatarischen Familien Polens“ beschlossen. Auch wurde der „Welsch“ geföndet, den „Kocznik tataricki“ („Tatarisches Jahrbuch“) herauszugeben. Aber das Leben der polnischen Tataren beruht auf „Matschifit“ — „die tatarische“ („Das Leben der Tataren“), herausgegeben von der Wilnaer Ortsgruppe des obenangenannten Verbandes. Hier finden ihr Echo neben rein tatarischen Problemen alle Angelegenheiten gesamtnationalen Charakters.

Ob wohl die Tataren ihre Verbindung mit den übrigen mohammedanischen Völkern aufrechterhalten? Gewiß! Ausdruck dieser Verbundenheit der polnischen Tataren mit der übrigen mohammedanischen Welt sind die zahlreichen Reisen polnischer Tataren nach dem Orient und ihre Teilnahme an den wichtigsten mohammedanischen Kongressen. Im Mai 1932, während des Warschauer Besuchs des „Bischofs von Hedshas, des Emir Saifal Abd El Aziz, hat der Vorsitzende der Warschauer Ortsgruppe des tatarischen Kultur- und Bildungsverbandes, Abdul-Hamid Chamotowicz, beim Empfang im Orient-Institut die Begrüßungsansprache im Namen der polnischen Catoren gehalten. Aus Anlaß der Zehnt-Jahres-Feier der türkischen Republik am 29. Oktober 1933 hat derselbe Chamotowicz in einer Warschauer Rundfunkrede die langjährige Freundschaft zwischen Polen und der Türkei unterstritten, und (wie die „Gazeta Polska“ sagt) „die jedem polnischen Herzen teure Catorische herorgehoben, daß einzig und allein die Türkei die Gewalttat der Teilungen Polens nicht mitgemacht hat“.

Oegenwärtig gibt es in Polen insgesamt 17 Moscheen und zwei Bethäuser. Im April d. J. überließ der Magistat Warschaus dem Komitee für den Bau einer Moschee einen schon gelegenen „Platz, auf dem die polnischen Catoren binnen kurzem ein repräsentatives Festland zu errichten gedanken. Der Catoren, der letztere war vor zwei Jahrzehnte, eine alte und einen neuen; der letztere war vor zwei Jahren von den Warschauer Catoren erworben. Man kann dort einige neue Grabdenkmäler in rein arabischem Stil sehen, auf denen die Aufschriften in arabischer und polnischer Sprache einmurmelt sind. In Warschau wurde vor zehn Jahren der „Miejzok Muzulmanski“ („Mohammedanischer Verband“) gegründet, der später zur Warschauer Ortsgruppe des „Miejzok Kulturowo-Osmitowicz Catorow „Rzypsofopolni“ „Polnische“ („Verband der Catoren Polens für Kultur und Bildungsangelegenheiten“) umgebildet wurde. Der Leiter dieser Organisation ist seit zehn Jahren der schon erwähnte Churamotowicz; er ist gleichzeitig Vorsitzender der Polnisch-Türkischen und der „Delnisch-Perischen Gesellschaft“. Als die polnische Ausstellung in Konstantinopel stattfand, wurde Chamotowicz zum Mitglied des Komitees dieser Ausstellung gewählt. „Der Catorische Verband für Kultur und Bildungsangelegenheiten“, so schloß die „Gazeta Polska“ ihren Artikel, „ist eine außerordentlich nützliche Einrichtung, die gesunde moralische Grundstoffe unter der tatarischen Volksgruppe verbreitet und damit einen Stein mehr in das Fundament der polnischen Volkskultur einbaut.“

Die verfehlte Karriere einer obereschlesischen Stadt.

Es dürfte in meisten Kreisen unbekannt sein, daß die Frage, ob Myslowitz auf preußischem oder Sossowitz auf russischem Boden zum Hauptnotenpunkt des Grenzverkehrs werden sollte, Ende der Vierer-Jahre, zugunsten von Sossowitz entschieden wurde. Im anderen Falle wäre Myslowitz die Grenzstadt und Sossowitz der kleine jüdische Handelsort geblieben, der er bis dahin war. Die großstädtliche Entwicklung von Myslowitz vorausgesetzt, hätten wir also kurz vor Beginn des Weltkrieges das Problem einer Doppelgrenzstadt Rattowitz-Myslowitz gehabt, ein Gegenstück zu Ebersfeld-Garmen.

Der Staatsvertrag, der über Myslowitz bzw. Sossowitz als Kopfstation der obereschlesischen Eisenbahn entschied, wurde am 19. Februar 1857 mit Rußland abgeschlossen; also in der Frühzeit der obereschlesischen Privatindustrie. Man gewinnt rückwärts schauend den Eindruck, daß man damals die Bedeutung dieses Vertrages nicht zu würdigen wußte. Denn noch wäre 1857 der Anstoß an die Warschau-Wiener Bahn von Obereschlesien aus in Myslowitz und nicht in Sossowitz gelegt worden.

Noch heute bietet sich dem Beschauer auf den Bahnhöfen Myslowitz, Maczki und Szczakowa ein geradezu groteskes Bild verfehlter Bautätigkeit. Wer heute die mitten im Walde gelegene Riesenbahnhofsalle von Maczki mit den Spuren einflügeligen Komforts betrachtet, der hat den Eindruck, als sehe er einen altmodischen Spuk aus dem 19. Jahrhundert vor sich. Drei Kilometer lange Bahnhofsäle stehen da wie besetzt und nicht abgeholt.

Die Entfesselungseffekte der obereschlesischen Eisenbahnlinien ist recht interessant. Beim Bau Beginn der Eisenbahn Breslau-Oppeln (1841) war ursprünglich die Weiterführung der Strecke von Cosel nach Ratibor-Oberberg zum Anstoß an die Kaiser-Ferdinand-Rothbahn in Österreich geplant. Der wirtschaftlich aber viel lebhaftere Industriebezirk, besonders das aufblühende Rattowitz, erzwang die Planung Cosel-Schweiz-Schwientochlowitz-Rattowitz. Von hier aus wurde von 1844 bis 1846 der Anstoß nach Myslowitz und bald darauf über die Grenze nach Szczakowa gebaut. Dadurch war damals sowohl der Anstoß an das Österreichische wie an das russisch-polnische Bahnnetz gewonnen.

Die Eisenbahn war von einer privaten Kapitalgesellschaft mit dem Sitz in Breslau erbaut worden. Durch Vertrag der Gesellschaft mit dem Staate vom 17. November 1856 ging die Betriebsverwaltung an den Staat über. Dadurch gewann diese Eisenbahngesellschaft Bedeutung im Einflusse, denn der Staat versprach, bei allen in Obereschlesien neu zu errichtenden Eisenbahnkonzeptionen ihr den Vorrang zu geben. Damit bekam die Obereschlesische Eisenbahngesellschaft in Eisenbahnverehrungen eine führende Stellung, wenigstens was die Strecke Dabrunz-Oppeln-Cosel-Rattowitz-Myslowitz betraf. Die Direktionsmitglieder waren meistens Breslauer. Damals aber hatten Breslauer Handesherrn nicht mehr und nicht weniger

im Sinn, als den englisch-indischen Warenverkehr über Kleinasien, den Balkan, Österreich, bjm. das Schwarze Meer, Südrußland und Polen nach Ostpreußen und nach Hamburg zu leiten. Man wollte also über Breslau eine Verbindung zwischen Hamburg und Ostpreußen schaffen. Der Plan scheiterte an den realpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Was Breslau wollte, ging über die Kräfte Schlesiens hinaus. Aber wenn wir andererseits hören, welche Gütermengen schon in den ersten Jahren nach der Erbauung der Anstaltsstrecke Rattowitz-Myslowitz-Szczakowa die eben erst zur Stadt erhobene Markt-Gemeinde Myslowitz lieferten, so kann man den Gedankengang der Breslauer Handesherrn verstehen. Güter, die heute von Königsberg nach Petersburg und von Warschau nach Berlin gehen, waren damals in Myslowitz umgeschlagen. Bis 1853% im orientalischen Kriege der Seemag nach Aufhebung gesperrt war, blieb die obereschlesische Eisenbahn die einzige Eisenbahnverbindung nach Polen und Rußland. Der Güterverkehr wuchs ins Unermeßliche. Mehr als zehn große Speditionsgesellschaften besorgten in Myslowitz Verladung und Verpöpfung der Waren.

Gegen Ende der Vierer Jahre führten nun die Breslauer Intereffekten in der Eisenbahndirektion den ersten großen Schlag gegen Myslowitz. Die Kaufmannschaft in Breslau ließ die Direktion der Bahn bestimmen, daß die Zollabfertigung schon in Breslau vor sich gehen und die Waggons plombiert, oder die Waren in plombierten Packungen von Breslau nach Myslowitz und von dort über die Grenze gehen sollten.

Vor allem aber setzte die obereschlesische Eisenbahn es durch, daß die Anstaltsbahn nach Polen-Rußland nicht über Myslowitz nach Szczakowa, sondern über Rattowitz und Sossowitz nach Zombkowitz-Warschau, bjm. über Maczki nach Krakau ging. Man wollte also in Myslowitz die Möglichkeit jeder Großkonkurrenz ersticken und wählte lieber die junge Dorfgemeinde Rattowitz, von der man sich weniger bedroht glaubte, zur Grenzstation. So kamen Rattowitz auf deutscher Seite und Sossowitz auf polnisch-russischer Seite durch.

Die Tage, mo Rosken in Maczki Ormana schufen, oder vor den Toren von Myslowitz herumjagten, da man in Breslau den Traum der Weltstraße Indien-Hamburg träumte, kommen nicht wieder. Aber die Erinnerung daran ist wichtig. Es ist kein Zufall, daß Myslowitz von Sossowitz überflügelt wurde. Ein vorgerücktes Myslowitz wäre näher an Schoppnitz herangerückt und dessen Eingebundung nach Myslowitz wäre schon vor dem Weltkrieg spruchreif geworden. Und Rattowitz hätte dann wahrscheinlich nicht den unangenehmen Vorzug von anderen Wäldern in Zentralfolgen, den es heute hat, sondern müßte ihn mit Myslowitz teilen.

Vom Waldland der Bayerischen Ostmark.

Es gibt im deutschen Vaterland wohl kaum ein zweites Gebiet, das den heißen Namen „Waldland“ so zu Recht trägt, wie die in ihrer Unberührtheit einzigartige Grenzmark im Südosten des Reiches. Und wie verchiedenartig auch das Gepräge der vier Gebirgszüge ist, die von Hof bis Passau der 340 Kilometer langen schiefen Grenze vorgelegt sind, eins ist ihnen gemeinsam: das endlose, raufende „Waldmeer, aus dem wie lichte Inseln die felsigen Bergspitzen hervorragen.

Im nördlichen Teil des grünen Grenzwalds sind es die Muschelkalkberge und Buntsandsteinflügel des Frankenaaltes, der im Land der hellen Weinberge und des dunklen Rulmborger Bieres seine Hochfluren ausbreitet. Sie leiten über zu den Granitblöcken des Munkwitzgebirges, „Deutsches Gebirg“, dem „Dunklen und Saale, Raab und Gers,“ den nach allen vier Richtungen der Winde hin entströmen. Und wieder Granit, der Stein für die Ewigkeit, unterbrochen von Basaltkegeln im burgundischen Oberpfälzerwald, der wirklich nicht um Edenkoben in der „Weinpfalz“, sondern in der Steinfeldpfalz liegt, nahe „Europas Draufheibe“ bei Marktredwitz, dem Schnittpunkt der großen Eisenbahnlinsen Berlin-München-Rom und Paris-München-Prag. Hier beginnt die Berge Grenzmark im eigentlichen Sinne zu werden. Der Kammerwald läuft neben der Grenze durch das „Heinrichs“, und noch so arme Land und führt hinunter zur Furth Sankt der als Bannort von Ofen. Dort wird der oberster „Waldpfanne“ durchstrahlt durch den „Böhmerwald“. An der „Waldpfanne“ anderes Vaterland, dem tiefsten Einflusst des deutschen Volksbodens zwischen Frankreich und der Etschgebirgsmaße beginnt bei der Stadt des „Drahenhübs“, Furth i. W. der schönste Teil der Bayerischen Ostmark: der Bayerische Wald.

Mit seinen großen Naturforschungsgebieten zieht sich dieser dunkle Grenzdem in einem Ausmaß von 18000 qkm nach Süden bis zur Dreiflüßelstadt Passau hinab, und birgt in seinem Innern als Joug-lagen „Aberflüßiges“ die einzigen noch erhaltenen Urwaldbestände im deutschen Bergwald. Hier mit sich Wanderung zur Alm, Deutschlands höchste höchste Kanne „Bachhornbäume“, der sich noch der Fort des Wanderfalken findet, schließen ihre Kronen wie zu einem Dach zusammen und wehren den eindringenden Sonnenstrahlen. Moosteppe überziehen die uralten Granitblöcke und die gestirnten

Baumriesen, die in wiesenhühnjährigem Wandel der Bergwelt füllte. Mannshöhe Bäume bedecken den feuchten Urwaldboden, verflechten die raufenden Bergwände und übermühen den Pfad durch eine Widnis, die unberührt ist bis am ersten Schöpfungstag.

Bertramfische Urheimat wird hier lebendig und offenbart sich am großartigsten im „Sollenbachstang“ bei Bayerisch-Eisenstein im am Grotten. Doch trotz der strahlenden Gärten von Granit, die Berge aus dem Urwald zu Höhen von fast 1500 m empor und gemähren weiten Blick in die Täler der Donau, der Raab und des Regen, ins Böhmerland und bis zur Kette der Alpenpfalz, aber dem schwarzen Arbersee steht „der Hochkönig des Waldes“, der „Arber“, und grüßt hinüber zum Doppelgipfel des „Offiz“, die „Brüste der Mutter Gottes“ genannt, zum hohen Wogen und Rachel, zum Tausen und Dreizehn, er kräftigt die einfachen Hochmoore und rufelndunklen Bergseen, die als überlebte früherer Gletscher sich tief in die Wälder betten.

„Alles scheint von Romantik und Sage umwoben: Hier ließ Schiller seine „Räuber“, Weber seinen „Freischütz“ spielen, hier erklang unter der Wolframslinde bei Rötting, dem stärksten Baum Deutschlands, und auf den Burggipfeln des „Hohen“, des „Mittels“, des „Hilfens“, hier lebte heute noch die Poesie Adalbert Stifters und Maximilian Schmidts.

Die unermesslichen Wälder werden am lohnendsten „erwandert“, aber auch zahlreiche Lokalbahnen und Reichspfeilnennern vermitteln den bequemen Zugang zu allen Ecken des Bagerwaldes, und die neue Post-autofahrer von Furth i. W. bis Passau führt in acht Stunden Fahrt durch den idyllischen Camerwinkel über die herrliche Scheibentstraße und den Brennesattel zu den schönsten Punkten im Hochwald. Sie erstreckt den ersten Besucher immer mehr dies über zu unbekannte Stück Seimertede, auf dem der „Waldler“ freu und sich die einlame Wälder, dem stärksten Baum Deutschlands, darf sich betreten auf die bester einer Volksgesangs im waldreichen wirtschastlichen Grenzpark warten, denn tiefste Armut liegt fast überall im krassen Gegensatz zu dem Reichtum an landschaftlicher Schönheit.

Dies gilt auch für die anderen Gebiete der Bayerischen Ostmark, von denen nur das Nichtegebirge und der südböhmische Teil des Frankenwaldes bisher dem Fremdenverkehr erschlossen sind. Wer aber kennt den Oberpfälzer Wald, die weiträumigen Grenzland, das geradezu der Begriff für die ausgeprägten deutschen Kulturlandschaft ist und überall an die glücklichen Bilder eines Kalpar David Friedrich erinnert? Wer kennt die malerische Grenzstadt Waldmünchen, die mehr als tausendjährige Truppsiege gegen Ottokar von Böhmen und die Hussiten? Oder das durch seine Klosterkirche berühmte Waldsassen im einst feinsinnigen Stillstand, in das die Berge des Egerlandes hereinzufließen? Wer wanderte über den Silberbühnenplan hart am Grenzkanal, wo jetzt das schmucke „Hermann-Geleise-Schuhhaus auf der Silberhütte“ steht und südlich am Silbersee der Ostmark, über den sich die schönste der vielen Grenzburgen der Oberpfalz, die alten Hohenstaufenfeste Stöffenberg erbaut? Wer hier weilt, wird dem stillen Oberpfälzer Wald einen Ehrenplatz in dem Reliquienstein seine Reiserinnerungen geben und wiederkehren.

Lebhaftere Eindrückechenkt das Nichtegebirge, das hüfenseinforige Grenzgebiet der Ostmark, das Grenzortzentrum Deutschlands. Hier ist es vor allem die groteske Rieseneinwelt der Kaiserburg bei Wunsiedel mit Europas größtem Felsenabenteuer, die den Besucher in ihren Bann zieht. Im feinen Eingang liegt die alte und schönste Freiwalden-Ostschloß, die mit ihren Auffahrtstürmen klassischer und moderner Stücke in dieser einjüngigen Kulturlandschaft — die Heßfelden sind als „reichswichtig“ anerkannt — den Ruf des Nichtegebirges weit hinaus tragen. Höher noch steigen die Berge hinauf zum Kamm, jenseit im hohen Schneeburg, zum Ohlenkopf, zur Rössene, und um Mähard mit seinen geheimnisvollen „Druwidenschiffen“, Opferstellen der Vorseit im ewigen Stein. Der ist das Element des ganzen Waldes. Nichtegebirgsraum wandert von Wunsiedel, der Geburtsstadt des größten deutschen Humoristen Jean Pauls, in alle Welt. Er trägt nicht nur unser Reichstagsgebäude, das Gutenbergdenkmal in Worms, die Kathedrale von Antwerpen, er schmückt auch die Ruhestätten Agaptes und die Prunkgebäude Südamerikas und in der Granitbildhauerwerk von Wunsiedel werden Schüler aus aller Herren Länder in der Steinbildhauerkunst ausgebildet.

Wer ahnt, daß auch der Frankenalmd einst ein über die Grenzen unseres Vaterlandes bekanntes Exportortland war, das Modezentrum von Afrika, Asien und Südamerika? Bezüglich ist, daß die Weber von Helmrechts vor dem Weltkrieg die Seals, Pombos, Sarongs und Decken für 600 Völkergruppen der Erde lieferten und die Mode von Mexiko, Mexiko, Estimolado und der Eriken an sonnenumraunten Döbraber entland. Heut sind die Säden abgerissen, und die Handweber fertigen Eiser, Reilecken und Sport-

laden oder haben sich auf die Herstellung bunter Stoffarbeiten umgestellt, in deren Muffen noch das Blüten am buntesten Kulturen durchklingt. Sie werden nun in der Heimat am Abend und laden zu Gast in den „meinen Gottesgarten“ Victor v. Scheffels.

Meißner erhebt sich die Kenntnis des Frankenalmdes in dem Namen Kumbach, der wenigsten trinkfesten Männern ein Begriff ist. Bieren oder ist unbekannt, daß die alte Stadt des köstlichen Bieres auch das einzige Zinngießeranwesen der Welt besitzt und das über den Schloten der Brauereien sich die Zollerwerke Pfaffenburg erhebt, die den schönsten Renaissancehof Deutschlands und den größten Kurbierhof unseres Vaterlandes besitzt. Unbekannt ist auch die nie erlöste Raubburg am Eingang zum Frankenalmd, die Feste Rosenburg bei Kronach, der Geburtsort des großen Malers Lucas Cranach. Dies alte Silberbühnen, in dem das im Wald heruntergefallene Holz zum Lauffert, um die Wasserreize zum Main und Rhein hinauf nach Holland anzutreiben, ist heute noch Malers eine Sandgrube für schöne Motive. Hier beginnt der laubreiche Bergwald der Ostmark mit seinen vielen an Staumauern, Mühlen und alten Waffenschmieden reichen Gründen. Viele Schluchten, die an die schmalen Bergtäler Tirols erinnern, erschließen das Gebirge nach Norden und Osten und führen in die industriellelebten Plätze der Ostmark.

Es ist Aufgabe und Lohn zugleich, auch diese Stätten kennenzulernen und die Orte, in denen selbst Handwerkskunst heute ist. Neben den Fabriken von Selb und Arberg, den Weltfabriken des Porzells, gibt es noch manchen Platz, an dem arme Porzellanmaler hochkünstlerische handgemalte und handgeätzte Arbeiten herstellten. Der große Ertrag der Heimindustrie, die auch den Feinsten nicht vor Kot schützt, solange Stundenlohn bis hin zu 8 oder 10 Pfennigen gezahlt werden, gibt Tausenden das einzige Brot. Mit jähem Fleiß ringen die Bewohner der Ostmark darum, da sie gezwungen sind, den geringen Ertrag der Äcker durch handwerkliche Arbeit zu ergänzen. Großer Kanilinn kommt ihnen dabei zu Hilfe. Fränkische Sandfliege — gelber als Vorbild für die gesamte Sandindustrie, ebenso wie die Kippel- und Flötarbeiten der Oberpfälzermal-Industrie, Handgemachtes und handgeponnetes Feines aus dem südböhmischen Wald, Generationen überdauernd, handgegrüßte Dauen und handgeflüßte Sebern, handgeflüßtes Kristallglas aus Miesel, handgegrüßte Perlmutter- und Holzwaren und vieles andere mehr barzen auf Absatz im Reich, da die östliche Fremdenarbeit verlorengesungen und der Hauptabnehmer der Bayerischen Ostmark dadurch zerstört ist.

Die Ostmark ruft, ihre Schönheit ruft und ihre Welt! Dem Ruf folgen, heißt Kameradschaft beweisen im Kampf um freies Grenzland, der zugleich Kampf um unser Vaterland ist!

D. H. v. von Schilling-Ilten.

Buchbesprechungen.

Alles oder nichts. Polens Freiheitskampf in 125 Jahren. Von Friedrich Wilhelm von Oertzen. Band I. 65 N.M., kart. 5 N.M. Wilhelm Gottlieb Korn Verlag, Breslau 1934. 388 Seiten. Das Buch, der sich durch eine Bänder „Das ist Polen“ und „Polen an der Arbeit“ einen Namen gemacht hatte, jetzt mit einem Buche hervortritt, das eine wohlwollende gebaltene Darstellung des Kampfes um die staatliche Wiederaufhebung Polens gibt, hat ihm von polnischer Seite den Vorwurf des Konjunkturrittertums eingebracht. Man kann diesem Vorwurf die Feststellung entgegenhalten, daß das vorliegende Buch ein um seine Freiheit kämpfendes Volk schilbert, während sich die früheren Bücher derselben Verfasser mit einem seine wiedererlangten Freiheit mehrschwebenden Volkes auseinandersetzen lassen. Der Vorwurf liegt nicht nur beim Verfasser, sondern auch bei dessen Stand der Beschreibung. Oertzen gliedert sein Buch in zwei Teile, einen chronologisch darstellenden und einen ideengeschichtlichen Teil. Er stützt sich namentlich in diesem zweiten Teil allzu sehr auf das Buch des polnischen Publizisten Wilhelm Selzmann: „Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen“, das während des Krieges mit propagandistischer Absicht in deutscher Sprache erschien. Er spricht das Verdienst, den polnischen Staatsgedanken geweckt und wachgehalten und schließlich zum Siege geführt zu haben, ausschließlich den Polen zu, in denen die Idee der Nationen immer lebendig geweckt hat, die sich nicht mit Eitelkeiten abgeben wollen, sondern stets zu letzten Einfalt bereit waren um entweder alles oder nichts zu gewinnen. Seine Darstellung gerät in der Gestalt des Marshalls Piłsudski, der in der Zeit der „organischen Arbeit“ und der „freien Nationalität“ die Unabgängigkeit des polnischen Nationalismus und den Glauben an die staatliche Unabhängigkeit aufrecht erhielt. Oertzens Darstellung ist trotz der mehr als 300 Seiten zu knapp, um das Thema, das er sich gestellt hat, auch nur annähernd erschöpfen zu können. Wesentliche Strömungen, die für die Entwicklung des polnischen Staatsgedankens im politischen oder im negativen Sinne höchst bedeutungsvoll waren, sind schließlich übersehen worden, so zum Beispiel die Bedeutung der Unierfiktal Wilm in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts, die Rückwirkungen des nationalen Erwachens der Völker in den „historischen Ostmarken Polens“ auf die polnische Nationalidee, die diesseitige Rolle der roten und weißen Emigration, die Tätigkeit der Krakauer Autoprophen, das Zwischenstück des inter-

nationalen Klerikalismus, die Wirksamkeit der nationaldemokratischen Brologie, die Strömungen unter den preußischen Polen u. a. m. Unter diesen Mängeln hatte die Richtigkeit der Darstellung in manchen Punkten zu leiden, und das Buch erscheint mitunter den Eindruck, als hätte der Verfasser die Persönlichkeit des Marshalls Piłsudski in die Ereignisse der Vergangenheit hineinprojiziert. Ist man sich dieser aus der Fülle des zu bemittelnden Materials erklärbareren Mängel bewußt und versteht man nicht, daß es nicht unsere Aufgabe ist, die polnische Geschichte von W ar t s k u u s zu betrachten, so hinterläßt die Herausarbeitung der Unabgängigkeit des Kampfes um die polnische Staatlichkeit doch einen nachhaltigen Eindruck und die Erkenntnis, daß dieser Kampf sowohl ideell wie territorial auch heute noch fortgeführt wird.

Dr. K.

Heute mittag 12 1/2 Uhr entsetzt sanft, nach langem, schwerem Leiden, mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegerpater und Großvater, der Straßenausfalls-Obermediziner Herr A.

Karl Buchwald

gestorben am 1870/71, im fast 88. Lebensjahr.
Früher in Kosen, Bronze- und Eisen, jetzt Arneburg a. d. Elbe, Bretschke 14.

Im Namen aller Angehörigen

Berta Buchwald, geb. Häusler.

Deine Ferien nur in der Ostmark!

Sanft, Winter, lacht tüchtige, unerschöpfliche Gastfreierin, verträglich, überfließt Gastfreier, nicht um 28-30 Jahr, in trauend, 180 Morgenbetrieb für alle Obliegenheiten. Gef. Bildhof, die zurückgelassen werden, est. Adam Galla d. Votrent v. Lüßow, Medf.